
Nummer 71, 17.Jahrgang, Frühjahr 2012
Spende 1 Euro
TIERRA y LIBERTAD
Land und Freiheit - Nachrichten aus Chiapas, Mexiko und mehr
Biopiraterie:
Heilerinnen aus Chiapas warnen Westerwelle
Finger weg von unseren Pflanzen!

Bienvenid@s liebe LeserInnen,

das Thema Biopiraterie ist Aufmacher dieser neuen Ausgabe von Tierra y Libertad. Der Aufruf von COMPITSCCH, der Vereinigung der traditionellen HeilerInnen und Hebammen, richtet sich direkt an die deutsche Öffentlichkeit. Ihr Kampf gegen Patente und Enteignung der natürlichen Umwelt ruft nach Solidarität und betrifft uns alle. Widerstand tut Not, hüben wie drüben!

Offizielle Wahlen in Mexiko und anderswo und unsere Suche nach neuen emanzipatorischen Wegen von linksunten stehen im Mittelpunkt dieser Ausgabe. Wir laden Euch ein auf eine politisch-analytisch-informative Reise durch weitere Regionen des amerikanischen Kontinents. In allen Teilen Mexikos, aber auch in den anderen Ländern Zentral- und Südamerikas, die auf unserer Reiseroute liegen, begegnen die Herrschenden dem Widerstand und Protest gegen ihre Politik der Enteignung, Vertreibung, Verschlechterung der Lebensbedingungen und der Zerstörung der Umwelt mit Gewalt, wie die Artikel zu Honduras, Panama, Bolivien und Mexiko zeigen.

Unsere Reise endet mit Europa und der sogenannten Eurokrise. Doch die europäischen Länder, konkret die Bundesrepublik sind gleichzeitig einflussreiche Akteure in Lateinamerika, wie der Artikel über Biopiraterie zeigt.

Die Herausforderungen für die vielfältigen sozialen und politischen Bewegungen auf beiden Seiten des Atlantiks, Antworten auf die komplexen Probleme zu entwickeln, sind enorm. Es macht Mut, über Erfahrungen im Widerstand zu lesen, der nicht zerschlagen sondern weiterentwickelt wird. In diesem Sinne laden wir euch ganz herzlich ein, zum nächsten Rebellische Zusammentreffen im Sommer ins Wendland zu kommen (siehe Rückseite dieser Ausgabe)!

Eure Tierra y Libertad Redaktion der Nr. 71

ya-basta-netz.de.vu – zapapres.de
rebellisches.noblogs.org – tierra-y-libertad.de

Inhalt

Impressum:

HerausgeberInnen:
Ya-Basta-Netz in Zusammenarbeit mit
Café Libertad Kollektiv und
Zapapres e.V.
www.tierra-y-libertad.de

Kontakt zur Redaktion:
landundfreiheit@riseup.net
c/o Zapapres e.V.
Postfach 306126, 20327 Hamburg
V.i.S.d.P. : C. Ramona
Dahlweg 64 , 48153 Münster
Auflage: 2200 Exemplare

Vertrieb:
abolandundfreiheit@riseup.net
Spendenvorschlag bei Bestellungen:
1 Exemplar - 2 Euro
5 Exemplare- 4 Euro
10 Exemplare- 6 Euro
20 Exemplare- 10 Euro
50 Exemplare- 22 Euro
am Jahresende können Spendenbescheinigungen (ab 10 Euro) ausgestellt werden

bei Bestellungen aus dem Ausland bitten wir um eine 2 € höhere Spende



Die Tierra y Libertad wird erstellt mit

Scribus

Open Source
Desktop Publishing
www.scribus.net



Alberto Patishtán - politischer Gefangener in Mexiko

Elf Jahre unschuldig in Haft - und kein Ende in Sicht



Im Jahr 2000 war es nur ein kurzer Abschnitt im Jahresbericht des in San Cristóbal, Chiapas, Mexiko, ansässigen Menschenrechtszentrums Fray Bartolomé de Las Casas. Ein Hinweis darauf, dass der Lehrer Alberto Patishtán Gómez mit der Anschuldigung, an einem Hinterhalt beteiligt gewesen zu sein, verhaftet wurde. Alle Augen waren damals auf die Zapatisten gerichtet. Alberto war kein Zapatist. Er hatte kaum Unterstützer.

Im Municipio (Landkreis) El Bosque lebend, hatte Alberto eine Kampagne gegen die Veruntreuung öffentlicher Mittel durch den damaligen Präsidenten des Municipios, Manuel Gómez Ruiz begonnen. Das wurde ihm zum Verhängnis. Nachdem am 12. Juni 2000 eine Polizeistreife in einen Hinterhalt geraten war und dabei acht Polizisten erschossen wurden, fiel die „Wahl“ auf Alberto Patishtán, der es gewesen sein sollte. Zwei Personen, ein Polizist und Manuel Gómez, der Sohn des Munizipalpräsidenten, überlebten den Hinterhalt. Manuel Gómez gab bei seiner ersten Zeugenvernehmung zu Protokoll, sie seien von etwa 15 vermummten Personen angegriffen worden, weshalb er niemand erkannt habe. Später änderte er die Aussage und erklärte, Alberto Patishtán wäre einer der Angreifer gewesen. Der andere Zeuge konnte dies nicht bestätigen. Trotz dieser Ungereimtheiten und den Aussagen von drei Entlastungszeugen wurde Alberto im Mai 2003 zur Höchststrafe von 60 Jahren verurteilt. Er verschwand in den Gefängnissen von Chiapas und teilte das stille Schicksal hunderter, insbesondere indigener Häftlinge, die dort aufgrund falscher Anschuldigungen ihre Zeit absitzen.

Nicht alle blieben dauerhaft duldsam. Einige Häftlinge, aus dem Hochsicherheitsgefängnis El Amate in Cintalapa, gründeten am 8. Januar 2006 die Organisationen La Voz del Amate (Die Stimme von Amate), der sich Alberto Patishtán anschloss. Ziel der „Stimme von Amate“ ist, ihren Status als politische Gefangene geltend zu machen. Mehrfach machten sie Misshandlungen von Gefangenen öffentlich. So nach einem Vorfall im Juli 2006, als Häftlinge aufgrund ihrer Weigerung, Schutzgelder zu zahlen, von Mithäftlingen im Auftrag des Gefängnispersonals in Abwassergruben getaucht, getreten, geschlagen und in nacktem Zustand mit ätzenden Chemikalien beworfen wurden. Auch schloss sich die „Stimme von Amate" der „Anderen Kampagne" an, einem landesweiten Netzwerk des Widerstandes von „unten und von links", das im Jahr 2006 von den Zapatisten ins Leben gerufen wurde.

Als im ersten Quartal 2008 die Inhaftierten mehrerer chiapanekischer Gefängnisse in einen unbefristeten Hungerstreik traten, um gegen die Unregelmäßigkeiten bei ihrer Festnahme und bei ihren Gerichtsverfahren zu protestieren, war Alberto Patishtán frühzeitig dabei. Der Streik wurde am 12. Juli von Zacarío Hernández, einem Angehörigen der Tzotzil-Ethnie initiiert. Zwei Wochen später schlossen sich ihm weiter 13 Häftlinge des Gefängnisses El Amate, unter ihnen Alberto Patishtán an. Innerhalb weniger Wochen dehnte sich der Streik auf drei Gefängnisse aus. Insgesamt beteiligten sich 36 Häftlinge. Aufgrund von Verhandlungen mit der Regierung von Chiapas, an denen die Anwälte von Menschenrechtsorganisationen beteiligt waren, kam es schließlich zur Freilassung von 47 Häftlingen (einschließlich mehrerer, die nicht an dem Hungerstreik teilgenommen hatten). Der einzige, der nicht in den Genuss der Freilassung kam, war Alberto. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Im Januar 2010 war ihm der Preis „jTatic Samuel jCanan Lum” verliehen worden, den der ehemalige Bischof der Diözese von San Cristobal, Samuel Ruiz, für indigene AktivistInnen gestiftet hatte. Am 4. August 2010 kam sein Fall mit Hilfe des Menschenrechtszentrums FrayBa vor die Interamerikanische Menschenrechtskommission. All dies bewirkte bislang wenig. Als es im Herbst 2011 zu einem erneuten Hungerstreik im Gefängnis von San Cristóbal kam, beteiligte sich Alberto, dessen Gesundheitszustand seit längerem mehr als zu wünschen übrig lässt, mit einem täglichen zwölfstündigen Fasten. Der Streik musste nach 39 Tagen aufgrund erheblicher gesundheitlicher Risiken erfolglos abgebrochen werden. Noch während des Streiks wurde er in ein Hochsicherheitsgefängnis in Sinaloa verlegt, 2.000 km von seiner Heimat entfernt. Zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Textes befand er sich dort seit Wochen in Isolationshaft. Die medizinische Behandlung seines Glaukoms (Grüner Star) wurde unterbrochen, Druckerzeugnisse werden ihm vorenthalten, die aufgrund der Entfernung ohnehin seltenen Besuche werden restriktiv gehandhabt.

Dabei wurde in einem Urteil des höchsten mexikanischen Gerichtshofs vom 11. Januar 2012 festgestellt, dass die Verlegung von Strafgefangenen in weit von seinem Heimatort entferntes Gefängnis gegen Artikel 18 der Verfassung verstößt. Ob und wann dieses Grundsatzurteil auf Alberto Anwendung finden wird, bleibt abzuwarten. Auch wenn seine Rückverlegung nach Chiapas ein wichtiger Schritt wäre, sollte nicht aus den Augen verloren werden, dass die eigentliche Forderung seine Freilassung ist.

Peter Clausing

Mit freundlicher Vorabdruckgenehmigung der Roten Hilfe e.V.

Dies ist Gemeinschaftsland der indigenen Völker

In einem dramatischen Appell wendet sich die Dachorganisation der traditionellen Hebammen und HeilerInnen in Chiapas an die deutsche Regierung und die deutsche Bevölkerung. Hintergrund ist ein aktuelles Projekt unter Beteiligung deutscher Ministerien, das die biologische Vielfalt im Süden Mexikos nutzbar machen soll.



An das mexikanische Volk
An die indigenen und ländlichen Gemeinden des Landes Mexiko
An die unabhängigen und ehrbaren sozialen Organisationen
An die gewissenhaften Völker dieser Erde
An die alternativen Medien
An die Europäische Union
An die Bundesrepublik Deutschland

Die Biopiraterie kommt in unser Land zurück

10 Jahre nach dem Abbruch des Biopiraterie-Projekts ICBG Maya hält die schlechte Regierung Mexikos am Schlüsselthema grüne Wirtschaft fest: Geschäfte mit der Biodiversität, Zugang zu den begehrten genetischen Ressourcen, kurzum, das Alphabet dessen, mit dem die industrielle Zukunft der Menschheit geschrieben werden soll. Dies sind die wirklichen Gründe der sog. Umweltagenda der Regierung, ihrer multilateralen Verbündeten und der transnationalen Konzerne.

Am 30.8.2011 informierte SEMARNAT (mex. Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen), dass das BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Deutschland) ein Projekt für Mexiko über Zugang und Verwertung genetischer Ressourcen genehmigt habe. Das Projekt belaufe sich auf eine Finanzierung von sechs Millionen Euro und habe eine Dauer von fünf Jahren. Ab Anfang 2012 führen es SEMARNAT, der CONABIO (nationale Kommission für Wissen und Nutzung der Biodiversität) und der CONANP (nationale Kommission der Naturschutzgebiete) auf mexikanischer Seite durch. Die GIZ (Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit) auf deutscher Seite sei für die Leitung und Überwachung des Projektes zuständig.

Es werden gesetzliche Verfahren und Verwaltungsregeln festgelegt für eine Zugangssicherung der indigenen Territorien und zu den genetischen Ressourcen der nationalen Biodiversität sowie die Implementierung sog. biokultureller Protokolle, die das Projekt legitimieren sollen. Im Klartext: Es handelt sich bei dem Projekt um transnationale Biopiraterie, wie vor 13 Jahren, diesmal nur getarnt.

„Sie haben uns in einer Schlacht besiegt, aber gewinnen werden sie den Krieg nicht.“[1]

Das US-amerikanische Projekt ICBG Maya war im Oktober 2001 am Widerstand der betroffenen indigenen Gemeinden gescheitert. Die Räuber (die kapitalistischen Mächte und ihre Firmen, die sich den Biogeschäften widmen) und ihre lokalen Komplizen (der mexikanische Staat auf all seinen Ebenen) lernten ihre Lektion und sichern das aktuelle Vorhaben auf mehreren Stützen ab, die Zugang und Verfügung über die nationale Biodiversität „garantieren“ sollen, das heißt nichts anderes als ihre Plünderung.

Die veranschlagte Dauer von fünf Jahren dürfte aus ihrer Sicht mehr als genug sein, um erst das Vorhaben zu etablieren und danach den eigentlichen Plünderungsaktionen bis zum bitteren Ende freien Lauf zu lassen. Wie gehabt, werden betroffene Orte, Gemeinden oder Verbündete bis zuletzt nicht genannt.

Für uns handelt es sich keinesfalls um ein Projekt für die „Menschheit“. Es geht nicht um Umwelterhaltung, Nachhaltigkeit oder Kompensationen für die indigene Bevölkerung. Auf den Punkt gebracht: Es geht um den globalen Mehrwert, um ein strategisches Geschäft, ein hartes Geschäft nach den Regeln des Wettkampfes. Deshalb bringt sich Deutschland als Industriemacht, genau wie die USA 1998, jetzt ins Spiel. Deswegen ist Deutschland an der Erhaltung der Biodiversität interessiert, versteckt hinter der Entwicklungszusammenarbeit.

Deutschland ist nach den USA der Staat mit den meisten Investitionen in verschiedenen Regionen der Erde mit großer Biodiversität. Im Sektor der Biotechnologie hat Deutschland neueste Prozesse und Techniken entwickelt und gute Chancen, im Rennen um die Spitzenposition in Führung zu gehen. Um ein Mehrfaches zu ernten von dem, was hineingesteckt worden ist, hat Deutschland in die Erhaltung der Biodiversität in unsere Länder Lateinamerikas investiert. Wir halten es nicht für Zufall, dass Außenminister Guido Westerwelle am 15.7.2011, eineinhalb Monate vor Bekanntgabe des Projektes in Mexiko, zum Bioreservat Montes Azules reiste, „einem Regenwald, der von erheblicher Bedeutung wegen seiner großen Biodiversität ist“[2].

Dem mexikanischen Staat fehlen noch zwei formale Schritte zur Vorbereitung des neuen Biopiraterieprojektes, an denen zurzeit gearbeitet wird: die Zugangssiche-

---

ICBG

International Cooperative Biodiversity Groups - ein weltweites Bioprospektionsprogramm unter Beteiligung der US-Regierung und verschiedener öffentlicher und privater Institutionen. Die ICBG führt Projekte in verschiedenen Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Südostasiens durch. Im Vordergrund stehen die systematische Erforschung der Potentiale eines Landes und die Verwertung aller Formen einheimischen Wissens über bestimmte Anwendungen von Pflanzeninhaltsstoffen. Nicht überall gelingt die Ausführung solcher Pläne: Das Vorhaben ICBG Maya in Mexiko scheiterte am Widerstand der lokalen Bevölkerung.
(vgl.: www.gruene beute.de Biopiraterie und Widerstand)

rung zu den Territorien und die Frage der biokulturellen Protokolle. Zugangssicherung bedeutet faktisch die Aneignung der Kontrolle, staatlich oder privat, über die indigenen Territorien. In Chile, Kolumbien und bis vor kurzem Peru können wir sehen, was die deutsche Regierung, die dort ähnlich wie in Mexiko investiert, darunter versteht. Die biokulturellen Protokolle bedeuten nichts anderes, als die Kontrolle über Land, Ressourcen und Kultur der ausgewählten Gemeinden. Diese Protokolle werden im Interesse der transnationalen Konzerne konzipiert, diskutiert, gebilligt und abgefasst, zum Schutz ihrer Interessen.

Befragungen und Entwicklungspläne, die dem neuen Biopiraterieprojekt zur demokratischen Legitimierung dienen sollen, wie die Naionale Befragung zum Schutz traditionellen Wissens und natürlicher Ressourcen (2008-2011) oder der Entwicklungsplan für die indigenen Völker (2007-2012) fanden faktisch unter Ausschluss der Betroffenen statt. Der Entwicklungsplan wurde direkt von einem Vertreter der EU, Dieter Paas, geleitet, über dessen Email-Verteiler ein Großteil der Informationen lief – selbstredend nur an die, die Zugang hatten. Die Vorschläge und Vereinbarungen der Befragungsteilnehmer wurden im endgültigen Entwurf unterschlagen. Man sollte bedenken, wo sich der mexikanische Staat mit seinen deutschen Verbündeten bewegt, wenn sie von der Festlegung der biokulturellen Protokolle sprechen: „Die Umsetzung der neuen Ordnung der Territorien soll sich über die gesamte soziale und kulturelle Ordnung erstrecken.“

An den deutschen Staat und seine lokalen Lakaien

Um es deutlich zu sagen: Wir werden nicht aufgeben.

Das Land und die Ressourcen, für die der deutsche Staat sich interessiert, sind Gemeinschaftsland der indigenen Völker und das gemeinsame Gut aller Mexikaner.

Für den deutschen Staat und unsere neoliberalen Regierungen stellen die Territorien, Ressourcen und Kulturen einen globalen Reichtum in toten Händen dar, der sich unrechtmäßig im Besitz von ausgegrenzten Völkern befindet. Für uns gehören sie jenen, die sie seit ewigen Zeiten geschützt und vermehrt haben: den indigenen Völkern!

Wir kämpfen, wie viele andere auf dieser Welt, um das Land. Für uns ist Land kein Handelsobjekt oder strategische Ressource, für uns ist die Erde das Meistgeliebte. Sie wacht über unsere Toten und beschenkt uns großzügig mit allen Früchten, grenzenlos, für alle, euch eingeschlossen.

Sie täuschen sich, wenn sie glauben, wir würden müde werden

Damen und Herren der deutschen Regierung, denkt daran, vergesst es nicht: Kämpfen gegen den Missbrauch und Betrug, gegen Ausbeutung und den Verkauf dessen, was für alle geschaffen ist, ist der Geist, der in jeder Frau und in jedem Mann steckt, die sich auf unserer Erde bewegen. Vor 100 Jahren riefen mexikanische Bauern nach Ausbeutung und Plünderung des Landes die erste Revolution des 20. Jahrhunderts aus, gegen die schlechte Regierung und die Herren des Geldes; sie starben, weil es keine andere Möglichkeit gab, und gewannen. Es ist fast 18 Jahre her, dass aus dem südwestlichen Bundesstaat Chiapas eine indigene Bewegung unter dem Namen Zapatas kam, um alle daran zu erinnern, dass das gemeinsame Wort, das Land und die Würde das lebende Samenkorn in der Erinnerung der Völker ist. Im gemeinsamen Kampf für alle beendeten die Zapatistas die Plünderung, die Ausbeutung und die Ausgrenzung, zumindest in Teilen dieses Bundesstaates.

Und wir erinnern Sie auch daran, seien Sie gewiss, wir werden es nicht vergessen, dass vor 13 Jahren die US-amerikanische Regierung versuchte, unsere biologischen Ressourcen und das damit verbundene indigene traditionelle Wissen zu plündern. Sie stieß auf den entschlossenen Widerstand der indigenen Gemeinden, ihrer organisierten traditionellen HeilerInnen und auf eine Welle der Solidarität der Zivilgesellschaft. Weil wir für alle unsere Stimme erhoben und erheben und weil wir den Weg des Kampfes gingen, wurde das US-Projekt am Ende gecancelt.

Damen und Herren der deutschen Regierung und lokale Vasallen, die Ihnen die Türen öffnen: Stoppen Sie dieses Projekt der Ausbeutung und des Betrugs. Ihre Ziele, Ihre Vorgehensweise, Ihre Profitorientierung sind nicht unser Weg. Wir sehnen uns nicht danach zu kämpfen, weil unsere Gemeinden ein Ort des Friedens sind. Aber: Unser Frieden ist nicht unterwürfig; unser Frieden ist kein Frieden im Krieg. Unser Frieden ist verbunden mit der Versorgung und dem Schutz, den uns die Erde schenkt, unsere Erde, und nicht mit der Habgier dessen, der nimmt, um einige auszubeuten und um viele mehr zu unterwerfen. WIR WERDEN NICHT AUFGEBEN.

An die deutsche Bevölkerung

Wir klagen eure Regierung an und warnen sie, nicht mit ihrem Projekt der Bioplünderung fortzufahren und sich nicht weiter gegen unsere Gemeinden zu stellen.

Auch bei euch liegt die politische Verantwortung, das Projekt aufzuhalten, weil es eure Regierung ist, die die Plünderung und Ausbeutung konzipierte und leitet. Einige Deutsche denken und handeln wie ihre Regierung. Aber wir glauben, dass sie nicht die Mehrheit sind. Interessant ist, dass weder die Presse in Deutschland noch die Websites der GIZ oder des BMZ das Projekt erwähnen.

Eure Regierung und Konzerne wollen die Ressourcen und das damit verbundene Wissen unserer Länder, um später damit Geschäfte zu machen und um uns zu verbieten, sie zu nutzen, oder um uns zu spalten.

Diese Ressourcen schützen und verteidigen wir nicht nur für uns. Wenn ihr oder andere Menschen dieser Erde etwas von ihnen benötigt, geben wir es euch, und wir werden nichts dafür verlangen. Wir werden euch zeigen, wofür sie gut sind.

Aber womit wir nicht einverstanden sind und nicht sein werden, ist, dass irgendjemand sich die Seele der Dinge aneignet, *chúlel* nennen wir sie, gleichwohl, ob es Ressourcen sind oder Kenntnisse, oder dass man ihnen einen Preis gibt. Die Seele der Lebewesen und der Dinge stehen für alle zur Verfügung und keiner kann sie besitzen. Wenn ihr diese Fragen nicht so handhabt wie wir es tun, weil ihr vielleicht Patente gewöhnt seid, respektieren wir auch euren Weg. Aber so wie wir euren Weg respektieren, respektiert den unsrigen, den wir seit vielen tausend Jahren gehen.

Wir gehen nicht in eure Länder, um eure Entwicklungspläne zu koordinieren nach dem Gesichtspunkt unserer Denkweise, noch beuten wir die Seele eurer Ressourcen oder Kenntnisse aus, noch spalten wir



„Wenn ihr etwas von unseren Ressourcen und unserem Wissen benötigt, geben wir es euch, und wir werden nichts dafür verlangen. Wir werden euch zeigen, wofür sie nützlich sind.“ Heilkräuter in einem zapatistischen Gesundheitsstützpunkt im Hochland von Chiapas

eure Leute, wie es eure Regierung in unseren Ländern macht. Wir bitten nur darum, dass ihr die Seele der Erde, auf der ihr und wir leben, respektiert und anerkennt.

Brüder und Schwestern aus Deutschland: Die Macht, die eure Welt verwaltet, ist in unser Land mit dem Wort der Eroberer zurückgekehrt. Wir sind gewiss, in Würde zu leben, im Gedenken an die tausenden von Indigenen und mexikanischen Bauern, die vor 100 Jahren in der Revolution gefallen sind.

Beginnen wir heut von Neuem für Alle, ohne Grenzen. Wir kämpfen für die Verteidigung der kollektiven Umwelt, unserer Ressourcen und unseres gemeinsamen Wissens und werden nicht aufhören, bis der deutsche Staat und seine Lakaien von ihrem Unternehmen ablassen und unsere Gemeinden frei und demokratisch über ihren Weg selbst bestimmen können zum solidarischen Nutzen der ganzen Menschheit.

Im Konsens der außerordentlichen Versammlung,
die Repräsentanten der Rates der traditionellen indigenen HeilerInnen und Hebammen für die allgemeine Gesundheit (salud comunitaria) in Chiapas,

el COMPITSCCH
San Cristóbal de las Casas
19. November 2011

Hintergrund: Wer oder was ist die GIZ?

Die GIZ GmbH, Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, ist die Nachfolgeorganisation der GTZ, der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit. Im Unterschied zur GTZ ist die GIZ ein gewinnorientiertes, privatwirtschaftliches Unternehmen, das sich zusammensetztb aus der ehemaligen GTZ, Inwent, Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH, und dem DED, Deutscher Entwicklungsdienst. Gestützt und finanziert werden die GIZ-Projekte von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, KfW. Abgesichert werden die GIZ-Projekte durch bundeseigene Hermesbürgschaften.Die GIZ unterstützt die Bundesregierung bei der Erreichung ihrer Ziele in der internationalen Zusammenarbeit.Sie arbeitet hauptsächlich mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, dem BMZ, zusammen.

Darüber hinaus ist die GIZ für weitere Bundesressorts, Bundesländer und Kommunen, sowie für öffentliche und private Auftraggeber im In- und Ausland tätig .Dazu gehören beispielsweise Regierungen anderer Länder, die Europäische Kommission, die Vereinten Nationen und die Weltbank. Die GIZ kooperiert intensiv mit der Privatwirtschaft und trägt, so die Eigenwerbung, zu einem sinnvollen Zusammenspiel von Entwicklungs- und außenwirtschaftlichen Aktivitäten bei.

Die GIZ ist in mehr als 130 Ländern aktiv. In Deutschland ist das Unternehmen in nahezu allen Bundesländern präsent. Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Bonn und Eschborn.Weltweit hat die GIZ mehr als 17.000 MitarbeiterInnen– etwa 70 Prozent von ihnen sind als Nationales Personal in den Partnerländern beschäftigt. Hinzu kommen rund 1.110 EntwicklungshelferInnen, zudem 700 Integrierte und 455 Rückkehrende Fachkräfte sowie 820 „weltwärts“-Freiwillige, die von der GIZ vermittelt oder finanziert wurden. Ein Blick in die Geschäftszahlen unterstreicht: Das Geschäftsvolumen betrug 2010 rund 1,85 Milliarden Euro

Stark gekürzte Fassung, der vollständige deutsche Text auf Chiapas 98:
www.chiapas.eu/news.php?id=6245,
spanischer Originaltext: www.aldeah.org/es/mexico-vuelve-la-biopirateria-nuestras-tierras
1 Dr. Overton Brent Berlin, nach der Aufhebung des Biopiraterie-Projekts ICBG Maya am 30. Oktober 2001
2 Nachrichtendienst der deutschen Botschaft in Mexiko

Polizeizusammenarbeit mit Mexiko – eine kritische Analyse

Auszüge aus einem am 23. Januar 2012 veröffentlichten Dokument der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko (MRK)

Am 2. Mai 2011, anlässlich seines Staatsbesuchs in Mexiko, überraschte Bundespräsident Wulff die Öffentlichkeit und die Nichtregierungsorganisationen in Mexiko mit der Bekanntgabe eines in Verhandlung befindlichen Abkommens zur Sicherheitszusammenarbeit. Die DMRK (Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko) befürchtet, dass dieses Abkommen, das auf einen Entwurf des mexikanischen Außenministeriums vom Dezember 2010 zurückgeht, der mexikanischen Regierung vor allem dazu dient, einen weiteren Beleg für ihre Glaubwürdigkeit als rechtsstaatlicher Partner zu präsentieren.

Zwar wird selbst vom Auswärtigen Amt anerkannt, dass der Einsatz der mexikanischen Sicherheitskräfte mit gravierenden Menschenrechtsproblemen behaftet ist, doch ist die deutsche Politik nach wie vor bereit, sich auf die Doppelstrategie der mexikanischen Regierung einzulassen. Das geschieht unter Verweis auf das offizielle Eingeständnis von Menschenrechtsverletzungen durch Polizei und Militär und die verbalen Zusicherungen, dass an der Verbesserung der Situation gearbeitet werde. Die deutsche Regierung argumentiert, dass der mexikanischen Regierung die Unschuldsvermutung gewährt werden müsse. Dieses jahrelange Entgegenkommen gegenüber der mexikanischen Seite hat bislang jedoch keineswegs zu konkreten, für die betroffenen Bevölkerungsteile bzw. Personengruppen spürbaren Verbesserungen geführt. Aus diesem Grund hat die MRK schwerwiegende Bedenken gegen den Abschluss eines Abkommens zur Sicherheitszusammenarbeit und lehnt dieses ab.

Es gibt zahlreiche Berichte mexikanischer und internationaler Menschenrechtsorganisationen über Menschenrechtsverletzungen durch Polizei und Militär. Diese Berichte stimmen in ihren Grundaussagen überein. Exemplarisch wird hier auf den am 9. November 2011 veröffentlichten Bericht von Human Rights Watch (HRW) Bezug genommen. Der Bericht zieht Bilanz zu den Menschenrechtsverletzungen in fünf verschiedenen Bundesstaaten Mexikos (Baja California, Chihuahua, Guerrero, Nuevo León, Tabasco).

Folter

HRW verfügt über Beweise zu mehr als 170 Fällen von Folter, die sich auf alle fünf untersuchten Bundesstaaten verteilen. Das Ziel der Folter, die unter anderem in Schlägen, simuliertem Ersticken, simuliertem Ertränken, Elektroschocks und Scheinexekutionen bestand, war die Erlangung von Informationen über die organisierte Kriminalität und das Erzwingen von Geständnissen, die zugleich dazu dienen, vorangegangenen Polizeimissbrauch zu vertuschen. Bei nahezu allen Folteropfern wurden mehrere dieser Foltertechniken nacheinander oder gleichzeitig angewendet. Die Ausübung von Folter wurde für sämtliche Strukturen der Sicherheitskräfte nachgewiesen, die an der Bekämpfung des Drogenhandels beteiligt sind – Armee, Marine, Bundespolizei, die Polizei der Bundesstaaten, örtliche und ministerielle Polizei. Aus den Analysen zeichnet sich ein allgemeines Muster für die Anwendung von Folter ab: Folter kommt überwiegend während eines zeitlich begrenzten gewaltsamen Verschwindenlassens zur Anwendung. Trotz vorhandener nationaler Gesetzgebung zur Verhinderung und Bestrafung von Folter, einschließlich einer entsprechenden Verfassungsreform im Jahr 2008, ist Folter in Mexiko omnipräsent. Die Zahl der Beschwerden über Folter ist allein bei der Nationalen Menschrechtskommission von 330 im Jahr 2006 auf 1.161 im Jahr 2010 gestiegen. Dabei dürfte die Dunkelziffer aus Angst vor Vergeltung enorm sein, zumal bereits normale Verbrechen nur selten angezeigt werden.

Polizeigewalt in Oaxaca 2006

Geheimgefängnisse an wechselnden Orten

In seiner zweijährigen Recherche hat HRW 39 Fälle von Verschwindenlassen dokumentiert, bei denen es schwerwiegende Beweise für eine Beteiligung von Sicherheitskräften gibt. Ein im Dezember 2011 erschienener Beitrag des North American Congress on Latin America (NACLA) befasst sich mit der Existenz von Geheimgefängnissen in Mexiko. Jüngste Zeugenaussagen erhärten den seit längerem existierenden Verdacht ihrer Existenz sowie ihrer Verteilung über das gesamte Land. Sie werden jeweils für mehrere Monate an wechselnden Orten errichtet und dann wieder verlegt. Sie befinden sich in Motels, auf unbenutzten Messegeländen oder auf Ranches. „Wir wissen nicht wie viele es sind, aber wir können sagen, wer sie betreibt – das organisierte Verbrechen, die mexikanische Armee und die Marine“, heißt es in dem Bericht. Und weiter: „Dort, wo es Geheimgefängnisse gibt, gibt es auch Paramilitärs, und wo es Paramilitärs gibt, gibt es Todesschwadronen. Im Mexiko von heute haben wir es mit dieser Triade zu tun.“

Extralegale Tötungen

HRW bezweifelt die Korrektheit der von Präsident Calderón verkündeten Zahl, dass nur ein Prozent der 35.000 offiziell anerkannten Toten des „Kriegs gegen den Drogenhandel“ unschuldige zivile Opfer gewesen sein sollen. Der Mangel an kriminalistischen Untersuchungen und die verbreitete Praxis, Manipulationen am Tatort vorzunehmen, führen zu der Schlussfolgerung, dass eine bedeutende Zahl extralegaler Tötungen niemals berichtet wird.

Korruption

Niels Uildriks vom Institute for Safety, Security and Crisis Management in Den Haag (2010) verweist darauf, dass die unteren Ränge der Polizei zugleich Täter und Opfer der „zügellosen Korruption des gesamten Systems“ sind, wobei ein großer Prozentsatz der von den unteren Dienstgraden empfangenen Bestechungsgelder die Hierarchie hinauf fließen und Polizeioffiziere an der Spitze der Pyramide davon profitieren. Nach Ansicht von Uildriks herrscht nicht nur ein starker institutionalisierter Anreiz zur Korruption, sondern die Korruption ist zugleich ein Fundament für die herrschende Straflosigkeit bei den Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei.

Fazit

Mexikanische Spitzenpolitiker bedienen sich einer gefährlichen Rhetorik. Die Menschenrechtsverletzungen werden von offizieller Seite völlig ungenügend untersucht und die Klagen von Opfern von Menschrechtsverletzungen werden als falsche Vorwürfe abgetan. Die Komplizenschaft zwischen einem Teil der Sicherheitskräfte und der organisierten Kriminalität wird kaschiert, andererseits werden Menschenrechtsverteidiger_innen von Regierungsvertretern in diffamierender Weise der Zusammenarbeit mit derselben beschuldigt. Präsident Calderón selbst benutzt einerseits die rhetorische Floskel von Menschenrechten als zentrale Prämisse seiner Regierungsstrategie, und drückt andererseits Frust darüber aus, immer wieder Beschwerden über Menschenrechtsvergehen von Militärs zu hören, die „nicht wahr“ seien.

Aufgrund der „zügellosen Korruption des gesamten Systems“ (Uildriks), dürften, von Menschenrechtsaspekten abgesehen, auch die fachlichen Ziele eines solchen Sicherheitsabkommens zum Scheitern verurteilt sein.

Peter Clausing

Foto: Hinrich Schultze, www.dokumentarfoto.de

Nichts geht ohne Basisdemokratie

Internationaler Kongress im mexikanischen Chiapas rund um die Ideen der Zapatistas

Vor 18 Jahren trat die Zapatistische Befreiungsbewegung aus Chiapas in Mexiko auf die Weltbühne. Ein internationaler Kongress debattierte aus diesem Anlass in San Cristóbal über Auswege aus Umweltzerstörung, Krieg und Kapitalismus - mit der Basisdemokratie der Zapatistas als Vorbild.



Die Basisdemokratie der Zapatistas dient vielen als als Vorbild: Versammlung in einer rebellischen Gemeinde in der Selva.

Chiapas, Mexiko, im Januar. Vier Tage diskutierten Intellektuelle und soziale Aktivistinnen und Aktivisten aus Mexiko, Nord- und Lateinamerika auf dem »II. Internationalen Seminar: Planet Erde - antisystemische Bewegungen« über die aktuellen Herausforderungen für emanzipatorische Kräfte weltweit. Anlass war der 18. Jahrestag des Aufstands der Zapatistischen Befreiungsarmee EZLN vom 1. Januar 1994.

Aufgerufen zu dem vielfältigen Treffen, das in der Tradition vieler Foren stand, die seit 1994 von der EZLN organisiert wurden, hatte die »Universität der Erde«, ein großes autonomes Bildungszentrum am Rand von San Cristóbal. Die Zapatistas selbst begingen ohne öffentliche Beteiligung das Jubiläum in ihren fünf abgelegenen Verwaltungszentren im Regenwald von Chiapas.

Der Veranstaltungsort symbolisierte eines der Ziele des Treffens - den Aufbau von Alternativen. Denn in dieser sehr anderen Schule werden jährlich Hunderte junge Indigene in unterschiedlichen Berufen ausgebildet, um danach in ihre Gemeinden zurückzukehren und die Autonomieprozesse dort zu stärken.

Täglich kamen über 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Treffen. Wie bei vielen Kongressen waren es die Pausengespräche, die tatsächlich die Menschen zusammenbrachten. Beim Schlendern in der Hochlandsonne über das weite Gelände oder bei Kaffee und Gebäck wurden die Beiträge lebhaft diskutiert. An den Bücher- und Kunsthandwerkständen wurde gestöbert und gefachsimpelt, viele Vertreterinnen und Vertreter unabhängiger Medien führten Interviews durch und so vernetzten sich zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Unter den knapp 30 Podiumsgästen befanden sich der mexikanische Friedensaktivist und Dichter Javier Sicilia, die bolivianische Feministin Julieta Paredes, die Occupy-Wallstreet-Aktivistin Marlina aus New York sowie weitere Redner aus Chile, Kuba, Mexiko und den USA.

Zentraler Ausgangspunkt vieler Beiträge war die katastrophale Situation, in der sich Mexiko, aber auch viele andere Länder befinden. Aus unterschiedlichen Perspektiven wurden die ausufernde Gewalt, das Versagen der etablierten politische Klasse und die Menschen- und Umweltfeindlichkeit des kapitalistischen Systems konstatiert. So kritisierte Paulina Fernández, Politikwissenschaftlerin aus Mexiko-Stadt, dass 98 Prozent der Menschenrechtsverletzungen in Mexiko straflos blieben. Mit klaren Zahlen belegte sie, wie sich mexikanische Staatsfunktionäre in »völliger Schamlosigkeit« während ihrer Amtszeit die Taschen füllten. Im Interview unterstrich sie, dass die Zapatistas demgegenüber selbstorganisiert »ihre autonome Verwaltungsarbeit leisten, ohne dafür entlohnt zu werden«. Im Gegensatz zu den Staatsautoritäten könnten sie bei Kritik »jederzeit von der Basis abgesetzt werden«. Der Dienst an der Allgemeinheit stehe über dem Gewinnstreben der Einzelnen.

Luis Andrango aus Ecuador warnte vor der zunehmenden Entbäuerlichung der Landwirtschaft, die immer stärker von agrarindustriellen Konzernen dominiert werde. Er betonte die Bedeutung des bäuerlichen Netzwerks Vía Campesina, dem 150 Organisationen aus 70 Ländern angehören. Der Verband kämpft für die Ernährungssouveränität jeder Gesellschaft, ein Konzept, das Andrango als »die einzige Möglichkeit« bezeichnete, den Klimawandel und das Verschwinden der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zu stoppen.

Alle Rednerinnen und Redner unterstrichen, dass viele antisystemische Bewegungen durch das besondere zapatistische Politikverständnis inspiriert worden sind. Hervorgehoben wurde dabei der undogmatische, stets fragende Charakter der Bewegung sowie die Ablehnung der Übernahme der Staatsmacht zugunsten einer radikalen Demokratisierung von unten.

Der Ex-Rektor der Universität von Mexiko-Stadt (UNAM), Pablo González Casanova, vertrat die von vielen geteilte These, dass die aktuellen Mobilisierungen gegen Neoliberalismus und undemokratische Regimes auf dem gesamten Planeten ohne die zapatistische Rebellion von 1994 undenkbar seien.

Ein Grundkonsens der Beiträge war der Vorschlag, trotz aller Schwierigkeiten und Unterschiede die Selbstorganisation voranzutreiben, nicht nur gegen Kapitalismus, auch gegen Patriarchat, Rassismus und Umweltzerstörung. Die einende, Hoffnung machende Brücke bildete dabei der Aufbau der Autonomie in den zapatistischen Territorien. Viele Reden endeten mit einem kämpferischen »Es lebe die EZLN!«, das vom Publikum stets mit einem begeisterten »Viva!« quittiert wurde.

Ein Fortschritt des Kongresses war laut Paulina Fernández die Einsicht, dass es notwendig ist, eine klare antikapitalistische Position zu beziehen, sich deutlich vom Parteiensystem zu trennen und das Politikmachen wieder in die Gesellschaft zurückzuholen.

Was nach den vielen Reflexionen, Analysen und Vorschlägen weiter zu diskutieren bleibt, ist die Frage, wie eine effektivere Organisierung der ausgegrenzten Mehrheiten vorangebracht werden kann, ohne in orthodoxe Muster zu verfallen, die sich immer wieder als äußerst anfällig für Spaltung, Repression und Korruption erwiesen haben.

Tosenden Beifall erhielt der abschließende Beitrag einer alten indigenen Frau aus dem Publikum. Sie bedankte sich dafür, dass viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer von weit her angereist waren, sie bedankte sich für die vielen schönen Reden und endete mit den Worten: »Und jetzt müssen wir uns an die Arbeit machen!«

Luz Kerkeling, Chiapas, Mexiko, 6. Januar 2012

Foto: flaco

Die Rückkehr der Staatspartei der Institutionalisierten Revolution?

Mexiko vor den Präsidentschaftswahlen

„Du überlegst, die PRI, die revolutionäre institutionelle Partei, zu wählen? Wir führen die Bücher, die dir helfen, dich an ihre 70-jährige Herrschaft als Staatspartei zu erinnern.“ Mit diesem Werbeslogan versucht die Buchhandlung Gandhi die unhistorische Idealisierung der PRI-Herrschaft durch einen Teil der mexikanischen Bevölkerung zu durchbrechen.

Die ehemalige Staatspartei PRI, die bereits die letzten Regionalwahlen in mehreren Bundesstaaten gewonnen hat, verdankt ihren tatsächlichen bzw. medial erzeugten Aufwind vor allem drei Faktoren:
- dem fehlenden historischen Gedächtnis eines Teils der mexikanischen Bevölkerung;
- dem in den letzten Jahren ziemlich erfolgreich in den Medien vermittelten Bild einer erneuerten und korruptionsfreien Partei , verbunden mit der Kampagne der wichtigsten Fernsehanstalten für den „guapo“ (hübschen) Peña Nieto;
- der Politik des aktuellen Präsidenten Felipe Calderón der rechtskonservativen Partei der Nationalen Aktion (PAN) . Dessen Politik „der harten Hand gegen die organisierte (Drogen-) Kriminalität“ ist ein Krieg, dessen Opfer fast 50 000 Tote und Tausende von Verschwundenen sind. Gleichzeitig hat die Wirtschaftskrise eine neue Armut hervorgebracht. Inzwischen gelten 46,2 Prozent der 112 Millionen Mexikaner als arm, 3,2 Millionen mehr als 2008.

Peinliche Auftritte

Die Siegesgewissheit der PRI erhielt jedoch in den letzten Wochen eine Reihe von Dämpfern: Das sorgfältig aufgebaute Bild der korruptionsfreien PRI erhielt die ersten Kratzer nach dem Rücktritt des Parteipräsidenten Humberto Moreira wegen eines Korruptionsskandals während seiner Regierungszeit im Staat Coahuila.

Schwerer wiegen vor allem für den bildungsbürgerlichen Teil der Bevölkerung die sich häufenden Fehltritte des Präsidentschaftskandidaten Enrique Peña Nieto. Auf der Buchmesse in Guadalajara scheiterte er an der Frage, welche drei Bücher ihn am meisten geprägt hätten. Peña Nieto konnte gerade einmal einen Titel nennen - und schrieb das Werk prompt einem falschen Autor zu. Der Spott ließ nicht lange auf sich warten. Buchläden veröffentlichten Anzeigen, die auf den Ausrutscher anspielten: »Sag mir, dass du Peña wählst, und ich sage dir, wie viele Bücher du gelesen hast«.

Wenige Tage später konnte Peña Nieto die einfachsten Fragen in einem Interview mit der spanischen Tageszeitung El País nicht korrekt beantworten. Weder kannte er den Mindestlohn des Landes noch den aktuellen Kilopreis der Tortilla - beides wichtige Indikatoren für die aktuelle wirtschaftliche Lage Mexikos.

Ende Januar 2012 kam es durch das Ausscheiden der Partei PANAL zum Bruch der Allianz „Compromiso con México“, die von der PRI mit der Partido Verde Ecologista de México (PVEM) und PANAL gebildet worden war. PANAL ist die politische Partei, die von der „Maestra“ und „Königsmacherin“ Elba Ester Gordillo gegründet worden war. E. Gordillo gehörte zur „alten Garde“ in der PRI und ist seit Jahrzehnten umstrittene Vorsitzende der SNTE, der größten LehrerInnen-Gewerkschaft Lateinamerikas und mächtigsten Gewerkschaft des Landes. Welche Folgen dieser Bruch für die sicher gewähnte Wahl Peña Nietos haben wird, ist noch unklar.

Alte Partei gegen neue Koalition

Und trotzdem: Die weiterhin bestehenden Popularitätswerte Peña Nietos und die anhaltend starken Umfragewerte für die PRI begründen nach wie vor die Hoffnung auf die Rückkehr an die Regierung, trotz des Erstarkens der sich als links verstehenden „Coalición Progresista“ mit Andrés Manuel López Obrador - AMLO - als gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten.

Dieses lange Zeit nicht für möglich gehaltene Bündnis aus PRD, PT, Movimiento Ciudadano und der von AMLO initiierten Bewegung MORENA kämpft seit wenigen Tagen allerdings mit zwei Problemen: Den altbekannten, abstoßenden Machtkämpfen und Intrigen innerhalb des Bündnisses um die Posten bei den parallel zu den Präsidentschaftswahlen stattfindenden Parlamentswahlen.

Den möglichen Folgen der Erklärung des Schriftstellers und Poeten Javier Sicilia, dem „moralischen“ Führer der Bewegung für Frieden mit Würde und Gerechtigkeit, gegründet als Bewegung, die den Opfern des „Krieges gegen die Drogenkartelle“ und deren Familien eine Stimme gibt. In einem Fernsehinterview erklärte J. Sicilia, dass er am 1. Juli, dem Tag der Präsidentschaftswahlen seinen Stimmzettel annullieren würde, da ihn keiner der Kandidaten überzeugen würde, noch die Bedingungen für Wahlen gegeben seien. Umgehend forderte AMLO J. Sicilia auf, seine Entscheidung zu überdenken, da jede Art von Wahlboykott nur der Rechten zu gute käme. AMLO spricht aus Erfahrung. 2006 kostete ihn wahrscheinlich der Aufruf der EZLN und der Anderen Kampagne, die Präsidenten- und Parlamentswahl zu boykottieren, Stimmen.

Javier Sicilia teilt mit seiner Aussage die beunruhigende Einschätzung des Politologen Buscaglia. Laut Buscaglia erlaubt die aktuelle soziale und politische Desintegration es den kriminellen Gruppen, den Präsidentschaftswahlkampf zu finanzieren und damit die staatlichen Institutionen mit ihren Leuten weiter zu unterwandern, eine Entwicklung, die sich seit dem Machtantritt der PAN 2000 verschärft hat.

Die PAN ist deshalb auch die Partei, deren Wahlsieg äußerst unwahrscheinlich ist, unabhängig von dem oder der PAN-KandidatIn, die immer noch nicht feststeht. Noch ist es zu früh, eindeutige Prognosen zu stellen. In einer sehr subjektiven Umfrage unter meinen mexikanischen bewegungs- und politisch aktiven FreundInnen befürchtet die Mehrheit, dass die PRI die Wahlen gewinnen wird. (siehe Kasten)

jutta k. (zapapres)

Pilar Noriega, Menschenrechtsaktivistin und Rechtsanwältin schrieb: „Ich glaube, die PRI wird die Wahl gewinnen, denn sie verfügt über die dafür notwendige Maschinerie. Hinzu kommt, dass die Menschen einen „cambio“, also einen Machtwechsel wollen. Aber in den kommenden Monaten kann es noch zu wichtigen Stimmungsumschwüngen kommen. Erinnerst du dich, dass 2006 AMLO zuerst die besseren Umfragewerte hatte, die er aber in den Wochen unmittelbar vor der Wahl verlor“.

Südmexiko: Widerstand statt Wahlzirkus

Linke Intellektuelle schlagen mexikoweite Allianz gegen das politische Establishment vor. Zapatistas und andere autonome Bewegungen arbeiten weiter am Aufbau ihrer autonomen Strukturen.

Während die gesamte etablierte politische Klasse Mexikos, die eng mit dem Staatsapparat, der Wirtschaft, den Sicherheitskräften und nicht selten auch mit der organisierten Kriminalität verwoben ist, für den kommenden Administrationswechsel im Sommer 2012 das übliche „Wenn-ihr-unsere-Partei-wählt-wird-jetzt-aber-wirklich-alles-besser"-Programm zelebriert, das die Wahlen von Landkreis-, über Bundesstaats- bis hin zur nationalen Ebene prägt und dabei Milliarden Pesos für Wahlkampagnen verschwendet, die in ihrer Oberflächlichkeit kaum zu übertreffen sind, gibt es auch andere - wenn auch wenig wahrnehmbare - Vorschläge zur Gestaltung der gesellschaftlichen Zukunft des gebeutelten Landes.

Absage an die offizielle Politik

Die langfristig und wirklich unabhängig organisierten Bevölkerungsgruppen, darunter vor allem im Süden die indigen geprägten Organisationen, entwickeln keinerlei Aktivitäten zugunsten der parlamentarischen Wahlen. Kein Wunder, denn ihre Erfahrungen sind bitter. In Chiapas und Guerrero haben die aktuellen, nicht-PRIistischen Gouverneure Juan Sabines und Ángel Aguirre, die beide bis kurz vor den Wahlen loyale PRIisten waren und über Wahlallianzen der linkszentrischen PRD an die Macht kamen, die autoritär-klientelistische Politik weitergeführt. Die Ergebnisse der neuen, nicht-PRIistischen Regierung in Oaxaca unter Gabino Cue sind enttäuschend aus der Perspektive der unabhängigen Linken.

Die Investitionen, Posten und Pfründe für eine Minderheit wachsen, doch die allgemeine Armut bleibt und die Menschenrechtsverletzungen nehmen zu. Von der katastrophalen, menschenfeindlichen nationalen Politik der PAN, die sich immer mehr der mexikanischen, US- und EU-Dominanz unterwirft, ganz zu schweigen. Für die neuen "Chefs" verschwenden die autonomen Bewegungen in Südmexiko daher keine Zeit. Sie setzen auf den weiteren Aufbau ihrer unabhängigen Strukturen.

Vorschläge für Alternativen

2011 gab es einen umfangreichen Briefwechsel über Politik und Ethik zwischen dem Sprecher und Militärkommandeur der EZLN, Subcomandante Marcos, und verschiedenen linken Intellektuellen des Landes, der vollständig in der Zeitschrift Rebeldía veröffentlicht wurde (revistarebeldia.org - auf deutsch partiell unter: chiapas.eu). Konsens der Schreibenden ist, dass die politische Praxis der letzten Jahre eine Gesellschaft hervorgerufen hat, in der die sozialen Netze zerschlagen sind und das Leben der Menschen von Angst und Ohnmacht geprägt ist. Ein zentraler Aspekt der Vorschläge ist daher die endgültige Ablehnung der bürgerlich-kapitalistischen Stellvertreterpolitik im Sinne der Minderheitsinteressen sowie die Klarheit, dass kein Mensch von anderen Menschen befreit wird, ohne sich selbst aktiv daran zu beteiligen.

„Wir sind der gleichen Ansicht, dass von der Parteienlandschaft nichts zu erwarten ist. So wie ihr, die Zapatistas, es sagt, 'alle Politiker sind gleich', denn die institutionelle Linke hat aufgehört, links zu sein", so der renommierte Philosoph Luis Villoro in dem jüngsten seiner Briefe an Marcos. Villoro und der ehemalige Rektor der UNAM (Autonome Universität Mexikos, die größte Universität Lateinamerikas, Anm.d.A.), Pablo González Casanova, haben sich mit Víctor Flores Olea zusammengesetzt, um nicht weniger als einen landesweiten Pakt, eine „Bewegung der Bewegungen" zu fördern, die auf folgenden Kernaspekten basieren soll:

a. Direkte Demokratie jenseits der politischen Parteien.
b. Anerkennung der Rechte und der Autonomie der indigenen Bevölkerungsgruppen
c. Die Verteidigung der nationalen Souveränität, der individuellen, sozialen und gemeinschaftlichen Rechte.
d. Das Vorantreiben einer landesweiten Bildung, der Gesundheitspolitik und der sozialen Sicherheit.
e. Die Neustrukturierung der Auslandsverschuldung und der Fiskalpolitik, um über die Wiederaneignung des mexikanischen Erbes ein neues Projekt der autozentrierten Entwicklung voranzutreiben.

Die Vorschläge der drei verdienten Intellektuellen, die auf kolonialen und neokolonialistischen, aber auch binnenkolonialistischen Erfahrungen fußen - die europäisch sozialisierten Menschen legitimerweise aufstoßen - appellieren an die neue Friedensbewegung um Javier Sicilia und die 'altverdiente' EZLN, sich anzunähern. Die im heutigen Mexiko 'mutigen' Ideen sind es wert, ernsthaft debattiert zu werden. Sie sind ein Appell für einen Neuanfang von unten, im Kontext der äußerst heterogenen mexikanischen Realität.

Ernüchterung und Selbstkritik

Allerdings herrscht in Chiapas und vor allem im Rest Mexikos weitreichende Stille diesbezüglich. Denn trotz aller guten Vorsätze werden viele politische Vorschläge auch von sehr aktiven Menschen nicht ernsthaft debattiert, wenn 'Stempel und Segen' der Kommandantur der EZLN fehlen - sogar in Kreisen der Anderen Kampagne, der 2006 initiierten Mobilisierung für eine neuartige außerparlamentarische Linksallianz.

Darüber hinaus werden die Zapatistas und auch die neue Friedensbewegung von der gemäßigten Linken angefeindet, für die Rechtsentwicklung des Landes mit verantwortlich zu sein, da sie sich nicht für den alt-neuen Kandidaten der parlamentarischen gemäßigten Linken um die PRD, Andrés Manuel López Obrador, aussprechen.

Klar, Zapatistas... aber so schwierig zu verstehen

Eines wird im Kontext des beginnenden Wahlzirkus' deutlich: Neben vielen interessierten Personen sind sehr vielen Menschen in Chiapas, Mexiko und dem Rest der Welt die Realitäten und die Bedeutung des zapatistischen Widerstands auch - oder wieder - heute nicht klar. Wie auch? Die Massenmedien verschweigen oder diffamieren die radikale Opposition. Die Zapatistas äußern sich selten, und selbstredend ist auch die zapatistische Bewegung von Widersprüchen und Unzulänglichkeiten geprägt. Die Bewegung steht keineswegs am Höhepunkt ihrer Existenz. Nichtsdestotrotz bildet sie weiterhin auf mexikanischer und globaler Ebene einen der bedeutendsten Referenzpunkte des außerparlamentarischen linken Widerstands, der wirklich antisystemische Züge aufweist und der vor allem dadurch relevant wird, dass er sich nicht nur in Diskursen gegen das politische Establishment ergeht, sondern gleichzeitig fassbare Alternativen aufbaut, die vor allem ein Verdienst der Frauen, Männer, Kinder und Alten der Basis der zapatistischen Organisation sind.

In diesem Sinne richtete Radio Rebelde, 107.1 FM, eine Frequenz, auf der im antizapatistischen San Cristóbal de las Casas trotz allem fast täglich EZLN-nahe Themen zu hören sind, die auch nicht selten von der EZLN-Kommandantur erläutert werden, am 1. Januar 2012 eine klare Botschaft an die eigene Basis, vor allem an die jüngere Bevölkerung: „Wir dürfen keine passiven Jugendlichen im Dienst der Reichen sein, wir müssen rebellische Jugendliche sein, im Dienste unserer Bevölkerung!" Vamos!

Luz Kerkeling, Chiapas, 4.2.2012

Dürre und Katastrophenindustrie

Gefahr von Hungersnöten in Mexiko durch Dürre und verfehlte Landwirtschaftspolitik

Das Jahr 2011 war für die mexikanische Landwirtschaft eine Katastrophe. Frost, Überschwemmungen und Dürren haben Äcker und Viehweiden gegeißelt. Im vergangenen Februar schädigte die Kälte die Maispflanzungen im Bundesstaat Sinaloa, dem wichtigstem Maisanbaugebiet Mexikos. Im Juni kamen die Regenfälle später und so verzögerte sich die Aussaat. Es folgten Nachtfröste mitten im Sommer in den Bundesstaaten Veracruz und Puebla. Das Jahr endete mit der schlimmsten Dürre in sieben Jahrzehnten in mehr als der Hälfte des Landes.

Gefahr von Hungersnöten

Die Auswirkungen dieses unsteten Klimas auf die land- und viehwirtschaftliche Produktion in Mexiko waren äußerst schädlich. Die Maisernte brach ein. Erwartet wurde eine Produktion von 23 Millionen Tonnen. Mit Glück werden am Ende 19,5 Millionen Tonnen zusammenkommen. Es wird nicht einfach sein, die fehlende Menge auf dem internationalen Markt zu erhalten und der Kaufpreis wird sehr hoch sein: Die USA verringerten ihre Produktion, die internationalen Preise haben angezogen und die Spekulationswelle im Nahrungsmittelbereich ist weltweit ungebremst.

Das Ergebnis dieser Situation ist schlichtweg desaströs. Trotz der Exporterlöse bei Bier und Tequila wies die land- und viehwirtschaftliche Handelsbilanz bis Oktober 2011 ein Defizit von über 2,2 Milliarden US-Dollar auf. Allein für den Maisimport wurden 2,35 Milliarden US-Dollar ausgegeben. Das sind fast 50 Prozent mehr als im Vorjahr.

Es besteht die reelle Gefahr, dass mehrere Regionen Hungersnöte erleben werden. Die Lage der Bauern und Bäuerinnen sieht nicht gut aus und sie wird sich noch verschlechtern. Die Bauern und Bäuerinnen werden die Folgen der Ernteverluste und der niedrigeren Erträge zu spüren bekommen, ohne auf eine Ausfallversicherung zählen zu können, die ihnen die Verluste ersetzt.

Verfehlte Landwirtschaftspolitik

Für die Klimakatastrophe sind die RegierungsfunktionärInnen nicht verantwortlich zu machen, wohl aber für fehlende politische Maßnahmen, ihr zur begegnen. Die Dürren sind hierfür ein Beispiel. Sie sind nichts Neues. Ein bedeutender Teil unserer Anbaupflanzen wird auf Böden ausgesät, die dafür nicht geeignet sind. Wir leben in einer Halbwüste, aber eine Landwirtschaftspolitik, die darauf reagiert, existiert nicht. Es gibt weder vernünftige Vorschläge für Anpassungen der Produktion, noch nachhaltige Maßnahmen, um die Flächen des Bewässerungsbaus zu vergrößern, noch ausreichende Mittel für Entschädigungen, um Widrigkeiten zu begegnen.

Gerade wegen der klimatischen Faktoren ist die Landwirtschaft eine Aktivität, die sich von anderen unterscheidet. Sie braucht staatliche Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen, damit Stabilität und Sicherheit garantiert sind. Aber statt auf solche zu setzen, haben sich die neoliberalen Regierungen darauf verlegt, die bestehenden Schutz- und Kompensationsmechanismen irrationalerweise abzuschaffen.

Das Land und seine Bauern und Bäuerinnen zahlen jetzt für die Folgen einer Politik, die die Landwirtschaft, die Kleinbauern und -bäuerinnen sowie die Ernährungssouveränität geopfert hat, um makro-ökonomische Variablen stabil zu halten und das Entwicklungsmodell auf angebliche komparative Kostenvorteile zu stützen. Es stimmt, für die Dürren ist die Natur verantwortlich. Aber ihre Folgen für die Bauern und Bäuerinnen und die fehlenden Abfederungsmechanismen sind das Ergebnis einer durchdachten Politik, die Staatspräsenz im primären Sektor abzuschaffen, beziehungsweise umzuorientieren.

Zukauf vom Weltmarkt immer teurer

Das Land muss nicht nur die Auswirkungen der Fröste, Überschwemmungen und Dürren ertragen, sondern hohe Preise auf dem Weltmarkt zahlen. Der internationale Nahrungsmittelindex hat historische Höchststände erreicht. Laut der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) stiegen die Preise für Lebensmittel im Jahr 2010 um 39 Prozent, die für Getreide um 71 Prozent. Doch die mexikanische Regierung weigert sich, eine Bestandsaufnahme vorzunehmen und die einheimische Nahrungsmittelproduktion zu schützen.

Im Gegenteil: In ihrem Bestreben, den Agrarsektor einzig und allein den Marktmechanismen zu unterwerfen, öffneten die TechnokratInnen die Grenzen. Dabei »vergaßen« sie, dass die internationalen Märkte gar keine sich selbst regulierenden Instanzen sind, die sich nach abstrakten Gesetzen von Angebot und Nachfrage richten. Es handelt sich vielmehr um Einrichtungen, die unter aktiver Mitwirkung der mächtigen Staaten und der Großkapitale der Agroindustrie entstanden sind.

Die von den vergangenen Regierungen angewandte Agrarpolitik hat jene Institutionen und Programme zerstört, die versuchten, den LandwirtInnen Sicherheit zu geben. Sie ersetzten sie durch eine ungezügelte Öffnung des Handels sowie durch ein Klientelwesen, in dessen Kontext die Mittelvergabe an politische Unterstützung geknüpft wird.

Klientelismus und Katastrophenindustrie

Im Umfeld der Naturkatastrophen hat sich eine blühende Industrie entwickelt: die Katastrophenindustrie. BundesfunktionärInnen, GouverneurInnen und BauernführerInnen nutzen die Tragödie als Gelegenheit, sich einer politischen Klientel zu versichern oder die Loyalität ihrer bereits existierenden Klientel zu erhöhen. Die traditionellen Empfängerlisten der Sozialprogramme, die sich als so nützlich für den Wahlkampf erwiesen haben, werden nun um neue Listen von Geschädigten erweitert. Um irgendeine Entschädigung zu erhalten, müssen die betroffenen Kleinbauern und -bäuerinnen oder deren Familien in der einen oder anderen Form »ihren Zehnten« an jene FunktionärInnen entrichten, die die Mittel verwalten.

Seit inzwischen fast vier Jahrzehnten ist der mexikanische Landbau auf sich allein gestellt und ein Desaster. Auch wenn derzeit versucht wird, der Dürre die Schuld für die Produktionsprobleme zu geben, so verhält sich die Situation genau umgekehrt: Die Dürre hat nichts anderes getan als die enormen Mängel unserer Agrarpolitik offenzulegen.

Luis Hernández
La Jornada, 3.Januar 2012
Übersetzung: "Entre Campos & Entre Pueblos – Zwischen Land und Leuten"



Polizisten schießen auf demonstrierende Studenten

Guerrero, Mexiko: Zwei Tote, drei Verletzte - zehn Beamte festgenommen

Im südmexikanischen Bundesstaat Guerrero sind Mitte Dezember zehn Polizisten festgenommen worden, die für den Tod von zwei Studenten bei der gewaltsamen Auflösung einer Straßenblockade verantwortlich sein sollen. Dabei hatten Polizeieinheiten in Chilpancingo, der Hauptstadt des Bundesstaates, das Feuer auf eine Straßenblockade von rund 300 Demonstranten eröffnet und zwei Studenten erschossen.



Trotziger Protest: Studenten in Guerrero nach dem Tod zweier Kommilitonen

Mit der Sperrung der Straße, die Mexiko-Stadt mit Acapulco verbindet, wollte ein Bündnis aus Regionalschulen, Universitäten und Bauernorganisationen direkte Verhandlungen mit dem Gouverneur von Guerrero, Angel Aguirre, erzwingen, um längst versprochene Verbesserungen an einem Internat in Ayotzinapa einzufordern. Seit vielen Jahren kämpft diese Einrichtung um ihre Existenz.

Gegen Mittag wurde die Blockade ohne Vorwarnung von Polizeikräften angegriffen. Eine Tankstelle in der Nähe der Blockade geriet dabei aus noch bislang ungeklärten Gründen in Brand. Dem Menschenrechtszentrum Tlachinollan zufolge tauchten daraufhin weitere schwerbewaffnete Polizeikräfte auf, einige davon in Zivil, und schossen auf die Demonstranten. Studenten berichteten später der Presse, dass aus drei verschiedenen Richtungen auf sie gefeuert wurde. Dabei starben die beiden jungen Männer noch an Ort und Stelle, drei weitere wurden verletzt. Einer der Verwundeten liegt noch im Koma. Zahlreiche Fotos und Videoaufnahmen zeigen, wie Studenten von schwerbewaffneten Polizisten auf brutalste Weise festgenommen werden. Laut Tlachinollan wurden auch 13 Studenten inhaftiert, die sich gar nicht an der Blockade beteiligt hatten. Alle wurden am folgenden Tag wieder freigelassen. Die staatliche Menschenrechtskommission wies darauf hin, dass bei elf Verhafteten Spuren von schweren Misshandlungen festgestellt wurden.

Die ersten Pressemeldungen nach den Ereignissen lauteten »Schießerei zwischen Studenten und Polizisten« und suggerierten eine von beiden Seiten bewaffnet geführte Auseinandersetzung. In der Lokalzeitung El Sur berichtete ein Anwalt von Tlachinollan am Dienstag, dass der Student Gerardo Torres Perez von Polizisten des Innenministeriums in die nahegelegene Kleinstadt Zumpango verschleppt und dort unter Folter gezwungen wurde, mit einem Sturmgewehr des Typs Ak-47 zu schießen. Dadurch wollten die Beamten Fingerabdrücke und Patronenhülsen als Beweisstücke erzwingen, um ihm anhängen zu können, das Feuer auf die Polizeikräfte eröffnet zu haben. Auf die Frage eines Reporters der Zeitung antwortete der für die Polizeiaktion verantwortliche General Ramón Arriola entnervt, der Gouverneur habe »angeordnet, die Straße zu säubern, und die Straße ist sauber«.

Wer wann und warum auf die Studenten schoss, wird noch untersucht. Die Bundespolizei und die staatliche Polizei beschuldigen sich in den Medien gegenseitig. Fünf zivil gekleidete Polizisten des Innenministeriums wurden auf Videos und Fotos als diejenigen identifiziert, die auf die Demonstranten geschossen hätten. Kurze Zeit später wurden ihre Waffen im Innenministerium für eine Untersuchung sichergestellt. Als Reaktion auf den großen öffentlichen Druck entließ der Gouverneur zudem General Arreola und einen weiteren Funktionär des Innenministeriums, Ramón Almonte Borja, sowie den leitenden Staatsanwalt Alberto López Rosas und den Direktor der Ministerialpolizei, Antonio Valenzuela, um die angekündigten Untersuchungen nicht zu behindern.

Am 14. Dezember organisierten Lehramtsstudenten des Internats von Ayotzinapa einen Schweigemarsch in Chilpancingo. Durch die Straßen trugen sie einen schwarzen Sarg als Symbol für Jorge Alexis Herrera und Gabriel Echeverría de Jesús, die beiden erschossenen Studenten.

Inzwischen fordern über 200 mexikanische Organisationen von der Regierung eine umfassende und lückenlose Aufklärung der Ereignisse und die Verurteilung der Polizisten, welche die tödlichen Schüsse abgegeben haben. Es reiche nicht aus, einfach nur Funktionäre von ihren Posten zu entfernen.

Michael Schlegel, Mexiko-Stadt
junge welt vom 16.12.2011

Sechs Tote nach Dürre in Chihuahua

Ciudad Juárez. Seit Dezember sind mindestens sechs Angehörige der indigenen Volksgruppe der Rarámuri in Mexiko verhungert. Die Regierung des Bundesstaates Chihuahua hat in der Zwischenzeit diese Informationen der Organisation El Barzón bestätigt. Mit einem jetzt gestarteten Notfallplan zur Lebensmittelversorgung in der Sierra Tarahumara will die Landesregierung verhindern, dass es zu weiteren Hungertoten kommt. Der Koordinator für Tarahumara, Jesús Velázquez, gab bekannt, dass 50.000 Familien versorgt werden müssen.

Die Rarámuris, auch Tarahumaras genannt, leben im Südosten von Chihuahua in den Bergen der östlichen Sierra Madre. Das als »Sierra Tarahumara« bekannte Gebiet liegt 1.500 bis 2.400 Meter über dem Meeresspiegel. Die lokale Bevölkerung lebt vor allem von der Landwirtschaft, die seit vier Monaten von einer der schwersten Dürrekatastrophen in der jüngeren Geschichte Mexikos betroffen ist. Durch die Dürre sind 20.000 Tonnen des Hauptnahrungsmittels Mais für den Eigenbedarf vernichtet worden. Deswegen sind die Menschen seit vier Monaten ohne ausreichende Nahrung.

Quelle: www.chiapas.eu

Vertreibung guatemaltekischer Familien in Tenosique

Am 9. Januar um 5 Uhr morgens vertrieben staatliche Streitkräfte die guatemaltekischen Familien, die sich im Grenzstreifen zwischen Mexiko und Guatemala und angrenzend an das Gemeindeland »Nuevo Progreso« in der Region Tenosique, Tabasco, befanden. Dieser Übergriff stellt eine Verletzung der Menschenrechte dar. Laut Zeugenaussagen fuhren die Behörden mit mehreren Patrouillen, in Lieferwagen und Bussen in das Flüchtlingslager und fingen an, es gewaltsam zu räumen und zu zerstören. Als die BewohnerInnen des Lagers versuchten, die Zerstörung zu stoppen und um Rechtfertigungen für dieses Vorgehen baten, wurden viele von ihnen festgenommen.

Die Aktion wurde von Einheiten der Bundespolizei, des Öffentlichen Staatsministeriums (Ministerio Público de la Federación) und der örtlichen Polizei durchgeführt. Einige der Polizisten waren in Zivil gekleidet. Der Befehlshaber war der regionale Subdelegierte des Nationalen Instituts für Migration (INM), der ebenfalls anwesend war.

Die Polizisten hielten die Kinder fest und beförderten sie in die Fahrzeuge, um die Eltern von einer Flucht abzuhalten und sich zu stellen. Dies ist ein unmenschliches Vorgehen, und den beteiligten Behörden und Polizeieinheiten ist ein mutmaßliches Verbrechen vorzuwerfen. Laut vorliegenden Informationen wurden 71 Personen in 4 Busse gezwungen und anscheinend zur Migrationsstelle in Tapachula, Chiapas, gebracht. Die Zeugenaussagen der Personen, die nicht festgenommen wurden, deuten darauf hin, dass die Polizisten auch guatemaltekisches Territorium betreten haben, um fliehende Menschen festnehmen zu können. Mexikanische Nachbarn des Flüchtlingslagers solidarisierten sich mit den BewohnerInnen des Lagers und forderten eine Erklärung für das Vorgehen der Behörden. Ihnen wurde daraufhin angedroht, auch festgenommen zu werden. Außerdem wurde ein Mann mit spanischer Nationalität festgenommen, von dem bis jetzt jegliche Spur fehlt.

Feststeht, dass zwei Guatemalteken von der Bundespolizei festgenommen worden sind und nach einer Isolationshaft in das Öffentliche Staatsministerium in Tenosique, Tabasco, gebracht wurden.

Zur Vorgeschichte: Am 23. August 2011 wurden die BewohnerInnen der Gemeinde Nueva Esperanza, im Gebiet des Petén, Guatemala, von Mitgliedern des Militärs und der Staatspolizei gezwungen, ihre Ländereien zu verlassen. Vor der Vertreibung hatten die DorfbewohnerInnen weder eine Benachrichtigung, noch einen alternativen Vorschlag zur Unterbringung erhalten. Die Behörden rechtfertigten ihr Vorgehen mit dem Argument, die BewohnerInnen müssten das Gebiet verlassen, da es sich um ein Naturschutzgebiet handele. Während der Räumung des Dorfes wurden die Häuser, die Schule sowie die Kirche niedergebrannt.

Nach der Vertreibung suchten die 300 DorfbewohnerInnen, unter ihnen über 100 Kinder sowie mehrere schwangere Frauen, auf der anderen Seite der Grenze Zuflucht: In der Gemeinde Nuevo Progreso, in dem mexikanischen Bundesstaat Tabasco.

Die Verhandlungen zwischen der Dorfgemeinschaft und der guatemaltekischen Regierung verliefen sehr langsam. Bis zum jetzigen Moment hat die Regierung den Vertriebenen nur ein weitaus kleineres Landstück angeboten. Außerdem will sie keinen Schadensersatz für die verlorenen Ländereien und Güter erstatten.

Quelle: www.chiapas.eu

Minengegner in Oaxaca angeschossen und getötet

San José del Progreso, Mexiko. Bei einer Konfrontation zwischen Minengegnern und den lokalen Behörden im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca wurden am 18. Januar zwei Oppositionelle schwer verletzt. Die Auseinandersetzung im Ort San José del Progreso fand statt, als die Behörden den Bau einer Wasserleitung auf dem Boden von Minengegnern beginnen wollten.



Polizeikräfte vor dem Eingang der Mine San Jose del Progreso

Während eine junge Frau mit einem Beinschuss relativ glimpflich davon gekommen zu sein scheint, schwebte ein 57-jähriger Mann in Lebensgefahr. Bernardo Méndez Vásquez, der durch insgesamt sieben Kugeln schwer verletzt worden war, starb wenige Tage nach dem Polizeieinsatz, bei dem die Polizisten der lokalen PRI-Verwaltung das Feuer auch auf die protestierenden AnwohnerInnen eröffnet hatten.

Die Wasserleitung soll der Silbermine Cuzcatlán, die sich im Besitz der kanadischen Fortuna Silver befindet, den regulären Betrieb ermöglichen. Die umstrittene Mine, 40 km südlich der Hauptstadt Oaxaca Stadt gelegen, wird seit dem September des vergangenen Jahres kommerziell betrieben. San José ist seit 2009 regelmäßig Schauplatz von Auseinandersetzungen, in deren Verlauf bereits ein Gemeindepräsident und ein Gemeinderatsmitglied ums Leben kamen.

Das Minenprojekt wird sowohl von der PRI als auch von der Anti-PRI-Koalition des Gouverneurs Gabino Cué bedingungslos unterstützt. Eine Befragung der Lokalbevölkerung über das Grossprojekt fand nie statt. Aufgrund der erneuten Konfrontation fordern diverse soziale Organisationen Oaxacas, darunter die Lehrergewerkschaft, die Schließung der Mine.

Die Coordinadora de Pueblos Unidos del Valle de Ocotlán (COPUVO), der auch Bernardo Méndez Vásquez angehörte, ist sehr besorgt über das äußerst angespannte Klima in der Gemeinde. Die Behörden des Bundesstaates haben sich bisher darauf beschränkt, Polizeipräsenz im Ort zu erhöhen. Eine Person, die in die Schießerei involviert war, ist verhaftet worden.

amerika21.de
20.und 21.01.2012

Briefe aus dem Campamento

Trotz aller Bedrohungen: Angesteckt von der Herzlichkeit



In unserer Reihe *Briefe aus dem Campamento* präsentieren wir Berichte, die MenschenrechtsbeobachterInnen an ihre UnterstützerInnen schreiben. Aus erster Hand erzählen sie uns von der Situation in den rebellischen Gemeinden von Chiapas.

Buenas tardes,

Bevor ich nun anfange von den Erlebnissen in meinem dritten Aufenthalt in einer Gemeinde zu erzählen, noch ein kurzer Hinweis: Carea bietet im Juni und Juli wieder Vorbereitungsseminare für die Menschenrechtsbeobachtung an, in der ich ja gerade mittendrin stecke. Das nächste Seminar findet in der Nähe von Kassel statt und ist auch interessant, um mehr über die Situation in Chiapas zu erfahren, ohne direkt eine Beobachtung zu planen. Aber hier nun mein Bericht:

Während ich in den beiden anderen Gemeinden gegen Ende meines Aufenthalts immer mehr auf heißen Kohlen saß und das Bedürfnis verspürte, den vermeintlichen Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten für mich wieder hinter mir zu lassen, bin ich in meiner jetzigen Comunidad (Gemeinde) wesentlich besser angekommen und war letztendlich sehr traurig, als der Aufbruch näher rückte.

Wir wurden sehr herzlich von den Bewohner_innen aufgenommen, durften zumindest im Ansatz teilhaben an dem sehr ausgeprägten und engen Gemeinschaftsleben und wurden angesteckt von der Herzlichkeit und Fröhlichkeit der Menschen im Dorf, die diese trotz aller Widrigkeiten aufrechterhalten hatten. Auch der anhaltende Mate-Tee-Strom, war durch die Teilnahme zweier Argentinier sichergestellt. Gute Voraussetzungen also für aufmerksame Beobachtungen! Der Alltag war geprägt von kleinen Ereignissen, an denen wir oft Teil hatten, da die Bewohner_innen der Gemeinde keine Möglichkeit ausließen uns zu vermitteln, dass wir vorübergehend Teil des dörflichen Lebens sind. Ein kleiner Ausschnitt daraus:

Fußball unter erschwerten Bedingungen

Eine Herausforderung zum Fußball nahmen wir dankend entgegen. Leider brachte unser Team nicht das zapatistische Feingefühl mit, zwischen zwei Abgründen Fußball zu spielen (so war der Platz aufgrund mangelnder Alternativen gelegen). Deshalb verlief das Spiel in einer clownesken Endlosschleife: Die Observadores (Menschenrechtsbeobachter_innen) sind am Ball - und Schuss - der Ball fliegt Richtung Selva und entschließt sich leider gegen den Umweg durchs Tor - Zwangspause - ein Suchtrupp wird entsandt, um den Ball wieder ausfindig zu machen, usw. usw. usw.

Zweiter Ausschnitt: Die kleine Tochter unserer Nachbarn hatte sich eine Entzündung am Kopf zugezogen, und deshalb musste ihr dieser halbseitig, der starken Gegenwehr zum Trotz, rasiert werden. Meine Beschwichtigungen wurden nicht verstanden und hätten wahrscheinlich auch nichts geholfen. Das Geschrei war stattdessen groß.

Mit diesen kleinen Geschichten könnte ich noch eine Weile weitermachen, werde aber an dieser Stelle zu den Fakten zur Comunidad und den weniger schönen Ereignissen während unseres Aufenthalts übergehen.

Risse durch die Dorfgemeinschaft

Die Gemeinde ist gespalten und im Gegensatz zu den letzten beiden Comunidades, in denen ich mich aufgehalten habe, macht sich dies auch deutlich bemerkbar und birgt das größte Konfliktpotential in sich. Die Bedrohungssituation, die eine Menschenrechtsbeobachtung nötig macht, zeigt sich also nicht in Form von Militär, Paramilitärs und Polizei von außen. Im weiteren Sinne ist dies allerdings der Fall, da die Spaltung der Gemeinde in erster Linie durch staatliche Gelder -zu Zwecken der Aufstandsbekämpfung - gezielt ausgelöst wurde. So zumindest die Position der EZLN und kritischer Organisationen, wobei diese Darstellung von der mexikanischen Regierung im öffentlichen Diskurs natürlich nicht verwendet wird. Von anderen Seiten wurde mir berichtet, dass die lokalen Behörden - die über die Vergabe der landesweiten Sozialleistungen verfügen - diese nur Gemeinden zukommen lassen, die sich ihrer zapatistischen Nachbar_innen entledigen. Oder - wie es in der von mir besuchten Gemeinde der Fall war - viel Energie darauf verwenden, diesem Ziel nachzukommen.

Dass die Aussicht auf eine (kleine) finanzielle Zuwendung in einer dörflichen Gemeinde, in der die meisten Menschen über sehr wenig Geld verfügen, eine starke Auswirkung auf die innerdörfliche Struktur hat, liegt auf der Hand. Die Einhaltung

des strikten Grundsatzes der zapatistischen Unterstützungsbasen, jede Form von Regierungsgeldern abzulehnen, gestaltet sich oft als schwierig. Das oben beschriebene Vorgehen der Regierung, Sozialleistungen zur Untergrabung des indigenen Autonomieprozesses einzusetzen, lässt jedoch deutlich werden, warum die Zapatist_innen die Ablehnung jeder Form von staatlicher Einflussnahme zu ihrem festen Grundsatz gemacht haben.

Landflucht auch hier

Neben den vielzähligen sehr offensichtlichen und physischen Bedrohungen, wie der weiter voranschreitenden militärischen Aufrüstung in Chiapas, gibt es also auch andere Zersetzungsprozesse, die den Fortbestand der indigenen Gemeinden gefährden. Viele mit neuen Bedürfnissen konfrontierte Jugendliche ziehen es vor, sich eine Arbeit in der Stadt zu suchen, anstatt die von ihren Eltern betriebene Subsistenzwirtschaft weiter zu betreiben, die neben der eigenen Ernährung oft wenig bis gar kein Geld für andere Dinge übriglässt. Ein Blick nach Cancun (das auch für viele Menschen in den von mir besuchten Gemeinden eine Anlaufstelle zum Geldverdienen war) zeigt, dass die dort vorhandenen Arbeitsstellen vor allem prekäre Beschäftigungen z.B. im Bau neuer Hotels oder in den unzähligen Küchen der vielen Restaurants sind. In diesem Kontext ist es nachvollziehbar, dass für viele Kids, die uns oft an unserer Hütte besuchen kamen, schon eine Gewürzmischung, bestehend aus Chili mit Zitronengeschmack, etwas Besonderes war. Und es wird auch verständlich, warum viele Familien die Möglichkeit, staatliche Unterstützung zu erhalten, nicht abschlagen. Erschreckend ist allerdings zu sehen, dass hier in dieser Gemeinde die Menschen, die 1994 ein Stück Land gemeinschaftlich besetzt hatten, auf dem sie leben und auf dem sie ihre Lebensgrundlage hauptsächlich in Form von Bohnen und Mais anbauen, eine so starke Spaltung erleben, dass es sogar zu aggressiven physischen und gewalttätigen Auseinandersetzungen kommt.

Spannungen steigen weiter

Im Dorf gibt es neben den Zapatistas verschiedene andere Gruppen, die sich unterschiedlichen Parteien zugehörig fühlen und ihre Verbundenheit zu ihrer jeweiligen Gruppe in unterschiedlich aggressiver Form nach außen tragen. Aufgrund ihrer Lossagung von der zapatistischen Bewegung erhalten diese Gruppe finanzielle Zuwendungen von der Regierung. Die Spannung zwischen den verschiedenen Gruppen hat sich seit der nach und nach verlaufenden Lossagung immer mehr zugespitzt und führte im August 2010 zu dem Vorhaben der Zapatist_innen, in Absprache mit dem Rat der guten Regierung der Region, eine autonome Grundschule aufzubauen. Den Parteimitgliedern im Dorf (bestehend aus PRI = Institutionelle Partei der Revolution, PRD = Partei der demokratischen Revolution und Verde, der grünen Partei Mexikos) war dies ein Dorn im Auge, sie stellten sich gegen das Vorhaben und forderten die Zapatistas auf, ihre Kinder weiterhin auf die offizielle, staatliche Schule zu schicken. Diese bauten die autonome Schule trotz des Widerstandes auf, was letztendlich von den anderen Gruppen als Gelegenheit wahrgenommen wurde, den Konflikt eskalieren zu lassen. Die Zapatist_innen wurden von bewaffneten Gruppen bedroht, ihre Mais- und Bohnenfelder zerstört, Tiere gestohlen oder getötet, verschiedene Gegenstände entwendet. Die Übergriffe gingen so weit, dass die Versorgung der Menschen mit Grundnahrungsmitteln nicht mehr sichergestellt werden konnte und diese ernsthaft um ihr Leben fürchten mussten. Den zapatistischen Familien blieb nur die gemeinsame Flucht in eine andere, nahegelegene Gemeinde. Nach einem einmonatigen Aufenthalt dort wurde von den Zapatist_innen zusammen mit einer zivilgesellschaftlichen Karawane, bestehend aus Vertreter_innen des Menschenrechtszentrums Frayba und der Junta der guten Regierung, die Rückkehr ins Dorf organisiert. Die Karawane erreichte das Dorf und forderte die Rückgabe der zwischenzeitlich von den Parteimitgliedern in Beschlag genommenen Felder und erklärt die Unabhängigkeit der zapatistischen Familien und ihren Willen, sich nicht dem von allen Seiten entgegengebrachten Druck zu beugen.

Seitdem hat sich die Lage keineswegs beruhigt. Diebstähle, offen ausgesprochene Bedrohungen durch die nach wie vor bewaffneten Aggressoren, Zerstörung von Feldern und andere Provokationen liegen an der Tagesordnung. Dabei kann die Gegenseite in drei Gruppen unterteilt werden: Es gibt 30 Personen (parteiübergreifend), die als bewaffnete Aggressoren auftreten, eine große Gruppe, die den Zapatisten feindselig gegenübersteht, sich aber mit Aktionen gegen diese zurückhalten und einige wenige neutrale Personen.

Menschenrechtsbeobachtung bleibt wichtig

Während unseres Aufenthalts kam es zu folgenden Vorkommnissen: In einer Nacht wurde ein Pferd mit einer Machete verletzt. Es wurden in verschiedenen nächtlichen Aktionen mehrere Säcke Tortillamaismehl entwendet, Bananenbäume und Bohnenpflanzen zerstört, ein Stück brachliegendes Land der Zapatist_innen in Beschlag genommen und mit Kaffee bepflanzt und einige Kaffeepflanzen auf einem zapatistischen Feld wurden zerstört. Eine Gruppe von Zapatist_innen, die mit zwei Observadores auf dem Weg zu einem Maisfeld waren, wurden mit Beschimpfungen bedacht. Es besteht außerdem die Befürchtung, dass der reife Kaffee, der gerade nach und nach abgeerntet wird und für den solidarischen Handel, aus der alle zapatistischen Gemeinden profitieren sollen, gedacht ist, entwendet wird.

Die Situation ist also nach wie vor sehr angespannt und es scheint keine Verbesserung in Sicht, weshalb die Gemeinde auch unter dauerhafter Menschenrechtsbeobachtung steht.

Damit bin ich am Ende meines Berichtes angelangt. Ich hoffe das die eine oder der andere etwas mit dem Geschriebenen anfangen kann.

Hasta luego y un abrazo!

Moritz

Der neue Präsident von Guatemala: Otto Pérez Molina und das Projekt des großen Kapitals

Otto Pérez Molina, General im Ruhestand, gewann im Jahr 2011 in der zweiten Wahlrunde die Präsidentschaftswahlen Guatemalas. Er setzte sich dabei mit einem geringen Vorsprung von 319.970 Stimmen gegen seinen Konkurrenten, den Unternehmer Manuel Baldizón, durch. Ungefähr 30% der etwas über sieben Millionen Stimmberechtigten gingen nicht an die Wahlurnen. Die Diskurse um das Klima der Gewalt und die fehlende Sicherheit des Privatbesitzes waren im Vorfeld der Wahlen die wichtigsten Waffen Molinas. Er richtete sich damit an die Wähler_innen der Mittelschicht in der Hauptstadt, durch die er auch seinen relativen Sieg erreichte.



Das Motto der Partido Patriota: Con Mano Dura - Mit harter Hand durchgreifen

Die „Partido Patriotico“ (die „Patriotische Partei“, PP) stellt nun die Exekutive, ohne dass sie dazu von 69% der Wahlberechtigten gewählt wurde. Dies geschah innerhalb eines Klimas, das von politischer Gewalt und Morden an mehreren Bürgermeisterkandidaten geprägt war. Hinzu kam eine vorgezogene Wahlkampagne, die mehr kostete, als es das „TSE“, das oberste Wahltribunal, offiziell erlaubt hatte.

Im Radio und Fernsehen waren politische und ideologische Konfrontationen zwischen den Parteien an der Tagesordnung. Vor, während und nach den Wahlen kam es zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Sympathisant_innen der jeweiligen Hauptkandidaten. Dazu muss man auch die täglichen Morde an über 20 Personen rechnen, von denen ein Großteil in der Hauptstadt begangen wurde.

Allgemein betrachtet ist Otto Pérez Molinas Sieg bitter, wenig repräsentativ und gewalttätig. Sein Sieg ist weit entfernt von einer demokratischen Wahl. Vielmehr ähnelt dieser einem medialen Zirkus, in dem die Stimmen der Wähler_innen teuer erkauft wurden.
Zum Ersten gaben die politischen Parteien im Wahlkampf zusammen mehr als eine Milliarde Quetzales aus. Das entspricht ungefähr 100 Millionen Euros.
Zweitens haben die politischen Parteien, die mehr Geld investierten, auch entsprechend mehr Rathäuser und Plätze in der Legislative errungen.
Allein die Geldgeber_innen der Patriotischen Partei – nur um ein Beispiel zu nennen – haben zwischen Mai und August 2011 88.6 Millionen Quetzales in die Kampagne investiert, und es wird sich zeigen, dass sie diese Investition mit Zinseszinsen zurückverlangen werden.

Große Allianzen sichern die ökonomischen Interessen

Die Patriotische Partei ist ideologisch neoliberal und bislang die Verbindung wirtschaftlicher und politischer Interessen verschiedener Machtstrukturen, die sich in einer Zweckallianz befinden. Möglicherweise ist sie bald eine Partei, die die Interessen einer dominanten Fraktion des Machtblocks vertritt. Der letzte gescheiterte Versuch einer Parteigründung, um die zerstrittenen Interessen dieser Gruppen zusammenzuführen, war die große nationale Allianz (GANA), die den belgischstämmigen Großgrundbesitzer Oscar Berger von 2004-2008 an die Präsidentschaft brachte.

Dieser Machtblock kann als 'Allianz im Disput' im Inneren der historisch gewachsenen herrschenden Klasse Guatemalas verstanden werden. Sie besteht aus Fraktionen oder wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen, die den Staat widersprüchlich leiten. Trotz ihrer internen Dispute schließen sie sich in Momenten der Krise zusammen, um ihre Klassenposition gegenüber dem einfachen Volk zu verteidigen.

In Guatemala konzentriert dieser Block 98% des Grundbesitzes und kontrolliert die Getränke- und Nahrungsmittelindustrie, den Export von Kaffee, Zucker und der Afrikanischen Ölpalme, den Bausektor, die Privatbanken sowie den Telekommunikationsbereich. Diese Anhäufung von Kapital basiert auf der Armut und Ausbeutung der großen Mehrheit und geht auch mit Rassismus einher. Sie war der wesentliche Faktor für die sozialen Konflikte in einem Land, in dem die kleinbäuerliche Wirtschaft den Lebensunterhalt für Millionen von Familien sicherte. Daneben ist diese ungerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums der Grund für chronische Unterernährung und die hohen Sterberaten von Müttern und Kindern.

Kontinuitäten in der Aufstandsbekämpfung

Aus dieser Situation historischer Ungleichheit und Unterdrückung heraus gründeten sich die bewaffneten revolutionären und politischen Volksbewegungen. Im Jahre 1954 stürzte die Yanqui-Intervention die demokratische Regierung von Jacobo Arbenz. Von diesem Moment an wurde Guatemala bis 1984 von Militärdiktatoren regiert. Deren Ziel war die Vernichtung der revolutionären Bewegungen sowie die Verteidigung der großen Besitztümer des Machtblockes. Dies geschah unter dem Vorwand, den Kommunismus aus Guatemala zu vertreiben und die nationale Souveränität zu verteidigen.

1978 atmete man in den Straßen und Bergen, den Klöstern, Klassenzimmern und bei den sozialen Kämpfen die Luft der Revolution. Das Heer Guatemalas modernisierte und spezialisierte sich im Gegenzug mit Hilfe der USA, Israels und Argentiniens in der Aufstandsbekämpfung. Daraus resultierte zwischen den Jahren 1982 und 1987 eine Politik des Völkermords und der verbrannten Erde. Diese wendete sich im Wesentlichen gegen die indigene Bevölkerung. Sowohl Otto Pérez Molina als auch der zukünftige Innenminister Mauricio López Bonilla waren an diesen Operationen beteiligt, die ihnen bei der Profilierung als Politiker und Geheimdienstspezialisten halfen. Otto Pérez Molina studierte beispielsweise 1985 „Kommando und Generalstab o-3“ in der berühmten „Escuela de los Américas“ (Fußnote 1) die Dutzende von Diktatoren in ganz Lateinamerika ausbildete. Die Ergebnisse dieser Politik hinterließen 45,000 gewaltsam Verschwundene und über 200,000 Ermordete in Guatemala.



Anstehen vorm Wahlbüro, aber nur 60 % aller Wahlberechtigten sind erschienen

Die Pläne der neuen Regierung

Im Folgenden sollen die zukünftigen ökonomischen Pläne und Vorhaben der neuen Regierung skizziert werden.

- Zentralisierung des zivilen und militärischen Geheimdienstapparates unter der strategischen Führung durch das Verteidigungs- und Innenministerium, Zoll, und der Flughafenpolizei.
- Einführung einer neoliberalen Agrarreform, einer Steuerreform und einer Verfassungsreform, welche die Möglichkeit der Wiederwahl einschließt,.
- Die Umwandlung Guatemalas in eine logistische Plattform für das Modell der Kapitalkonzentration. Hierzu zählt vor allem der zukünftige Bau eines trockenen, interozeanischen Korridors, der den guatemaltekischen Osten durchzieht und den pazifischen mit dem atlantischen Ozean verbindet. Ferner der Bau von fünf Stromleitungsringen und dutzender Wasserkraftwerke. Dies soll den Betrieb der Groß- und Textilindustrie sowie der Bergwerke sicherstellen. Darüber hinaus soll auch der Verkauf von Energie an andere Länder in der Region ermöglicht werden.
- Direkte ausländische Investitionen transnationaler Unternehmen sowie der Weltbank, sollen durch Gesetzesreformen, Anlagensicherheit und dem Unterdrücken sozialer Proteste geschützt werden.
- Übernahme des mexikanischen Modells des „Krieges gegen den Drogenhandel" unter der Beratung der „DEA" („Drug Enforcement Administration", die US- Amerikanische Drogenbekämpfungsbehörde), was eine Intervention des US-Militärs in den ländlichen Gemeinden ermöglicht.
- Fortsetzung des Strukturwandels in der Agrarproduktion, um die Gewinnung von Agrarkraftstoffen aus Zuckerrohr und der Afrikanischer Ölpalme fortzuführen.
- Fortsetzung der Allianz mit den Medien zur Aufrechterhaltung des Images, Reform des Telekommunikationsgesetzes und Ausweitung des Medienmonopols.
- Vergabe von mehr Konzessionen für Bergbau und Erdölsuche und -förderung, beides Bodenschätze, die vor allem im Gebiet der indigenen Bevölkerung vorkommen.

Der Widerstand der bleibt ungebrochen

Die indigene Bevölkerung Guatemalas hat eine große und lange Geschichte von Kämpfen und Widerstand, die bis zur spanischen Invasion im Jahre 1492 zurückreicht. Heute kämpft sie um ihr Territorium und darum, die natürlichen Grundlagen für das Leben zurückzugewinnen. Sie kämpft für Land und den Erhalt der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, welche die grundlegende Basis für die Ernährungssouveränität ist und für die Rückgewinnung des historischen Gedächtnisses. Sie übt öffentlichen Druck aus, um die Fälle des Völkermordes und dessen unmenschliche Verbrechen vor Gericht zu bringen. Derzeit finden emanzipatorische Prozesse statt, die sich auch durch einen Anstieg der Anzahl von Frauenorganisationen und feministischen Positionen äußern. Dabei wird auch der Machismus in den sozialen Bewegungen reflektiert. Es finden Kämpfe zur Verteidigung der öffentlichen weiterführenden Bildung, der Gesundheit und der Gewährleistung des Rechts auf Wohnraum statt, Dies sind auch Teil der Forderungen der Basisbewegungen die nach der Enttäuschung über die „Friedensverträge", beginnen, noch in voneinander isolierter Form, Widerstand zu leisten. All dies geschieht in einem Kontext, in dem das Modell der Kapitalkonzentration versucht, sich in Guatemala nach der Krise erneut auszuweiten.

Gustavo Illescas
Student der Anthropologie an der Universität San Carlos/ Guatemala

1 Heute: „Western Hemisphere Inistitute for Security Cooperation"

Honduras: Landkonflikt in Bajo Aguán

Der Kampf der Dorfgemeinschaften um Grund und Boden in Honduras hat ein blutiges Ausmaß erreicht: Zwei Jahre nach dem Militärputsch von 2009 gegen den gewählten Präsidenten Manuel Zelaya prägt die Militarisierung der Landgemeinden und die Kriminalisierung der organisierten Protestbewegung das Leben der 3500 Familien in der Region von Bajo Aguán.

Die Bewegung in Bajo Aguán kämpft für ein würdiges Leben und ein selbständiges Handeln bei der Beschaffung von Nahrungsmitteln. Die Regierung antwortete auf die Agrarkonflikte mit Repression und Kriminalisierung. Bisher wurden zwischen September 2009 und Oktober 2011 gegen 160 Bauern repressive Justizprozesse geführt und 45 Mitglieder von Bauernorganisationen ermordet. Trotz Klagen verschiedener internationaler Menschenrechtsorganisationen hat sich die Situation für die DorfbewohnerInnen nicht geändert. Sie sind der Repression nach wie vor schutzlos ausgeliefert. In diesem Konflikt sind an die 300.000 Bauernfamilien unter den Großgrundbesitzern: Miguel Facusse, René Morales und Reynaldo Canales landlos geworden.



„Aguán gehört uns - Unser Kampf es so lebendig wie das Wasser und die Erde, die sie uns entreißen wollen!“

Die soziale Ungleichheit ist auf einen langen Prozess wirtschaftlicher Strategien, politischer Auslandsinterventionen und gerichtlicher Maßnahmen zum Schutz des Landmonopols und zum Raub an den Landgemeinden zurückzuführen. Im Zuge der neoliberalen Umstrukturierung und der Durchsetzung des Konzepts des privaten Eigentums wurde Honduras praktisch geplündert.

Allianz für den Fortschritt als Placebo für die Bevölkerung

Ende der fünfziger Jahre war Lateinamerika durch die Marginalisierung der Landbevölkerung und allen damit verbundenen Problemen wie Analphabetentum, Unterernährung und prekäre Arbeits- und Wohnbedingungen gekennzeichnet. Durch den Sieg der kubanischen Revolution im Jahre 1959 wird Lateinamerika in der ideologischen Auseinandersetzung um Kommunismus oder Kapitalismus eine wichtige Rolle zugewiesen. In diesem Kontext entstand das Projekt Allianz für den Fortschritt unter der Federführung der USA. Das Ziel dieser Allianz war ein politisches: Die verschiedenen, als progressiv bezeichneten, ökonomischen Programme wurden zur sozialen Kontrolle eingesetzt. Präsident Kennedy, Urheber der Allianz für den Fortschritt, hoffte, mit einem Kapital von 20 Milliarden Dollar den Prozess der kubanischen Revolution innerhalb von 10 Jahren aufhalten zu können, die ökonomische, soziale und politische Abhängigkeit der zentralamerikanischen Länder zu vertiefen, sowie den Zugang zu den Naturressourcen der Region zu sichern.
Kennedy gewann mit der Allianz für den Fortschritt die Mittel- und Oberschichten Lateinamerikas. Diese wird traditionell von Unternehmern, Großgrundbesitzern und Militärs der lateinamerikanischen Gesellschaft repräsentiert, die ihrerseits politische Urheber oder Unterstützer der reaktionärsten politischen Parteien waren. Die Durchsetzung dieser Allianz garantierte den konservativen Kräften die Möglichkeit, Maßnahmen gegen jegliche Erhebung zu ergreifen, und ermöglichte Jahre später die freie Entfaltung des Neoliberalismus.

Die Agrarreform in Honduras und die mörderische Politik der Weltbank

Nachdem sich die Allianz für den Fortschritt auf dem ganzen Kontinent durchgesetzt hatte, fanden Agrarreformen statt, die eine Marktöffnung zum Ziel hatten und sich gegen die Bedürfnisse der Bauern richteten. In Honduras fand dieser Reformprozess zwischen 1953 und 1980 statt. Die sogenannte Agrarreform versuchte, die Mehrheit der Bauern ohne Boden in den neoliberalen Markt einzubeziehen. Auffallend ist die Menge an staatlichen institutionellen und privaten Projekten zur Durchsetzung dieses Programms. 1972 bis 1977 setzte General Lopez Arellano folgendes Programm durch: 7000 Bauernfamilien wurden zusammengebracht, um 80 Kooperativen zu bilden, die nach den Vorgaben der Regierung produzieren sollten. Dieses Programm stellte jedoch eher eine Agrarkolonisation als eine Agrarreform dar: Es war vorbestimmt, was und für wen die Kooperativen zu pflanzen hatten. Häufig handelte es sich um den Anbau der afrikanischen Ölpalme für lokale Gesellschaften, die von den Muttergesellschaften in den USA abhängig waren. So wurde eine Bauernorganisation geschaffen, die labil, abhängig und schwach war.

In den neunziger Jahren und nach dem Fall des sozialistischen Lagers wurden die neuen Etappen des Neoliberalismus in Zentralamerika eingeführt. Für die Bauern bedeutete dies die Zerstörung ihrer kollektiven Wirtschaftsformen und die Durchsetzung von Makroagrarprojekten des industriellen Sektors.

1992 wurde das Gesetz zur Modernisierung und Entwicklung des Agrarsektors von dem damaligen Präsidenten und Agrarökonomen Rafael L. Callejas erlassen. Dieses Gesetz ermöglichte die Zerstückelung der kollektiven Agrareinheiten und erlaubte den Bauern, ihre winzigen Eigentumstitel zu verkaufen. Durch diesen Prozess wurden sie wieder zu Tagelöhnern, die auf ihren ehemaligen Feldern für die neuen reichen Eigentümer arbeiten mussten. So entstand beispielsweise bei einem Lohn von 75 Lempiras (€ 2.87) für das Schneiden und Abladen von einer Tonne der afrikanischen Palmfrüchte ein sklavenähnlicher Arbeitsmarkt, in dem soziale Sicherheit und gesetzliche Arbeitsschutzmaßnahmen fehlten.

Der Kampf der Bauernbewegung von Aguán

In November 2001 schlossen sich die Bauern aus dem Anbausektor der afrikanischen Palme als legitime Bauernorganisation zusammen, um zunächst die Wiederaneignung ihrer Felder durchzusetzen und ihre Agrarreform selbst zu organisieren. Sie gründeten ein Modell landwirtschaftlicher Produktion, das auf der Vereinigung der Agrarkooperativen basiert und eine reale und gerechte Verteilung des Bodens und der Erträge zum Ziel hat.
Die Familien, die ihren Boden unter dem neoliberalen Agrargesetz verloren hatten, gewannen ihn so wieder zurück. Mit Zelayas neuer Regierung begann zudem ein Prozess der Demokratisierung des Agrarsektors, der nach dem Staatsstreich unter der Militärdiktatur unterbrochen wurde. So fand und findet nun eine erneute Militarisierung in der Zone Bajo Aguan statt.

Seit August 2011 wurden dort Soldaten und Polizisten stationiert, die unter dem Befehl des illegitimen, da von der Militärregierung an die Macht gebrachten Präsidenten Lobo stehen und gewaltsam gegen die Proteste der Bevölkerung vorgehen. Derzeit befinden sich rund 2000 Polizisten und Soldaten in diesem Gebiet.

Die Rolle Deutschlands in diesem Konflikt

Die Weltbank und die Zentralamerikanische Bank für ökonomische Integration investieren große Summen, weil die fruchtbaren Böden ein neues koloniales Anbaufeld versprechen, um die übersteigerten Konsumbedürfnisse der sogenannten reichen Länder zu befriedigen. So vergab die Weltbank im Jahre 2008 245 Millionen Lempiras (13 Mill. Dollar) an den



Proteste gegen die Landprivatisierung und die Militarisierung in Bajo Agua

Palmölkonzern DINANT. Von nun an ist dieses Unternehmen mit verantwortlich für Korruption, Raub und Mord in dem Gebiet. Facussé, der Eigentümer des Unternehmens, wurde wegen Mitwirkung an dem Militärputsch angeklagt. Die Weltbank ist aufgrund ihrer Politik verantwortlich für die Konfliktsituation, da sie Gewalt, Landenteignung und sogar Beteiligung an dem Putsch förderte.

Auch deutsches Kapital spielt eine Rolle: Die deutsch-honduranische Gesellschaft für Entwicklung und die Industrie- und Handelskammer Honduras-Deutschland sind seit ihrer Gründung 1961 für die Durchsetzung der Interessen vor allem des deutschen Kapitals zuständig. Deutschland investierte zwischen 1961 und 2010 534 Millionen Dollar. Trotz Militärdiktaturen und Staatsstreichen ging es Deutschland stets um die Durchsetzung eigener wirtschaftlicher Interessen in der Region. Zu den Investitionsschwerpunkten des deutschen Kapitals gehören Programme, die derzeit in den Bereich des Banksektors, der Energieerzeugung, der Textilindustrie und dem Anbau der afrikanischen Palme stattfinden und in die 118 Millionen Dollar investiert wurden. Größtenteils handelt es sich um Programme der GIZ, der KfW und der DEG.

Nach dem Staatsstreich in Honduras im Juni 2009 hatte Deutschland, ebenso wie andere europäische Staaten der EU, die Kooperation mit Honduras gestoppt. Nach den Wahlen 2009 und der Gründung der Versöhnungs- und Einheitsregierung wurde diese jedoch wieder aufgenommen, was dem Staatsstreich ein neues Image verlieh. Nach eigenen Angaben hat die Deutsch-Honduranische Gesellschaft für Entwicklung vor, gemeinsam mit der EU 291 Millionen Dollar in der Periode zwischen 2007 und 2013 zu investieren. Das sind 291.5 Millionen Dollar Anreiz, um die Bauern- und Indigenengemeinden zu vertreiben.

Paola

Foto oben: "Otra Honduras"

Die Lage der Ngäbe Bukle in Panama



Straßenblockade gegen die Veränderung des Minengesetzes zu Gunsten ausländischer Investoren *März 2011*

Panama ist bekannt für den Kanal zwischen den Ozeanen und als internationales Finanzzentrum. Trotz der internationalen Krise weist das Land ein hohes Wirtschaftswachstum auf. Doch gleichzeitig gehört Panama zu den Ländern mit der ungerechtesten Verteilung des Reichtums. Hier liegt der Grund für extreme Armut und Elend in den Städten sowie unter Bauern und Indigenen. Celio Guerra, Präsident des XI. Generalkongress der Ngäbe Bukle, beschreibt für die Tierra y Libertad die Situation der Ngäbe Bukle, Ureinwohner Panamas.

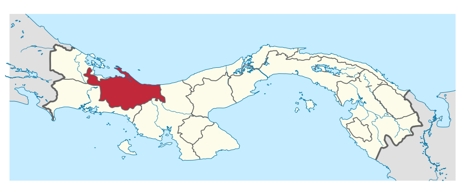
Die gleichnamige Provinz Ngäbe Bukle mit ihren Bergen und Küsten liegt innerhalb des mittelamerikanischen biologischen Korridors und befindet sich innerhalb des strategischen Gebietes für die Entwicklung von Schutzprogrammen gegen den Klimawandel.

Unter ökonomischen Aspekten befindet sich das Land innerhalb des Plan Puebla - Panamá[1], der Mérida-Sicherheitsinitiative[2], und dem Freihandelsabkommen zwischen Panama und den USA. Dieses betrifft das Volk der Ngäbe Bukle ganz direkt und schädigt ihr Land und seine Bodenschätze durch verschiedene transnationale Megaprojekte.

Zum Zeitpunkt der Ankunft der Spanier in Lateinamerika bewohnte das Volk der Ngäbe Bukle den größten Teil des heutigen Panamas. 519 Jahre Kolonialismus und oligarchische Regierungen, Invasionen, Kriege, Völkermord und Krankheiten haben die Bevölkerung dezimiert. Heute besiedeln die Ngäbe Bukle die gleichnamige Provinz und Gemeinden in den Nachbarprovinzen Bocas del Toro, Veraguas, Chiriqui und Colón.

In der Republik Panamá gibt es 7 ethnische Gruppen. Die Gruppe der Ngäbe stellt die Mehrheit und lebt in der Westregion des Landes. 98% der etwa 146.000 Ngäbe Bukle in dieser Provinz leben in Armut. Die Etnie der Ngäbe teilt ihr Territorium mit den Bukles, Nasos, Bribris, Nachkommen von Afrikanern und Kleinbauern. Das Niveau der Armut ist in all diesen Gruppen sehr ähnlich.

Das Volk der Ngäbe Bukle, besteht aus zwei ethnischen Gruppen, den Ngäbe, die Ngäber sprechen, und den Bukle, die Buklere sprechen und im Osten angesiedelt sind. Diese unterscheiden sich in ihren Siedlungsgebieten, in ihren Bräuchen, in Kultur, Kunst, Tanz und Geschichte. Über Jahrhunderte haben die Ngäbe Bukle an die jeweiligen Regierungen Forderungen gestellt. Auf diesem Weg haben sie im Jahr 1997 immerhin eine gewisse juristische Anerkennung erhalten, die im Gesetz 10 ihren Ausdruck findet.
Mit der Forderung nach einer eigenen Provinz (*comarca*) sollte die Regierung Panamas dazu gebracht werden, juristisch sowohl die Autoritäten und Organismen einer eigener Regierung der Ngäbe Bukle anzuerkennen, als auch ein Gebiet als kollektiven Besitz zu legalisieren und die kulturellen Rechte der Ngäbe Bukle zu garantieren. Die Regierung erkannte jedoch nur ein Drittel des von den Ngäbe Bukle bewohnten Gebietes an.



Provinz Ngöbe Bukle in Panama

Trotz des Gesetzes 10, das die Existenz der traditionellen Regierungen und ihrer internen Autoritäten anerkennt, haben nachfolgende Regierungen Teile des Ngäbe Bukle Volkes manipuliert, um die Strukturen der traditionellen Regierung anzugreifen, parallele Versammlungen durchzuführen und parallele Vertretungen aufzubauen. Kurz gesagt, solche, die ihren politischen und wirtschaftlichen Interessen in der Region dienten. Zum Ende der Amtszeit des letzten Regierungschefs Martin Torrijos wurde parallel zu dem längst funktionierenden traditionellen Kongress eine weitere Vertretung aufgebaut. Dieser Parallelkongress wurde von Mitgliedern der damaligen bürgerlichen Regierungspartei PRD (Revolutionäre Demokratische Partei) organisiert und finanziert. Als die Regierungszeit der PRD zu Ende ging, brach dieser Marionettenkongress zusammen und war nicht mehr handlungsfähig.

Die aktuelle Regierung von Ricardo Martinelli mischt sich in die inneren Angelegenheiten der traditionellen Kongresse ein. Sie benennt Kommissionen ohne Zustimmung der traditionellen Führer und auf illegale Weise modifizieren sie die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes 10.

Auch nach 1997, dem Jahr, in dem die Regierung den Landkreis gesetzlich anerkannt hatte, wurden die Probleme des Landraubs an Indigenen innerhalb und ausserhalb der Provinz nicht gestoppt. Die Bestimmungen garantieren weder das Recht des Ngäbe Bukle Volkes über ihr Land noch das über ihre Bodenschätze.

Was das Thema des Bergbaus angeht, so wurden unter der letzten Regierung von

Martin Torrijos über 43.000 Hektar des Landkreises Ngäbe Bukle an transnationale Bergwerks- und Staudammfirmen vergeben. Die Regierung von Ricardo Martinelli versprach, die Bodenschätze des Landes an transnationale Firmen zu vergeben und dafür auch die Gesetze Panamas zu ändern, sollte das notwendig sein. Vertreter der traditionellen Kongresse, soziale und Gemeindeautoritäten und -organisationen setzen sich mit verschiedenen Aktionen, mit Klagen und Demonstrationen vor allem gegen die Bergbauprojekte zur Wehr.

Was den Bau von geplanten Staudämmen in der Region oder angrenzenden Gemeinden betrifft, so gibt es dabei enorme Risiken. Dies ist der Fall bei den Staudammprojekten in Chorcha, Paso Ganado, Tabasará, Buri, Norteño und Caños Sucio. Ausserdem wollen einige Unternehmen im Landkreis den Tourismus aufbauen, und transnationale Kommunikationsfirmen versuchen, sich mit ihren Netzen und ihrer Infrastruktur einen festen Platz zu sichern. Dazu haben sie begonnen, einen Teil der Führung in der aktuellen Regierung zu korrumpieren.
Die Absichten der jeweiligen Regierungen in der Region sind deutlich. Indem sie eine Farce von Wahlen organisieren und finanzieren, die Gesetze des Gebietes verletzen, wollen sie indigene Pseudokongresse aufzubauen, damit diese die transnationalen Megaprojekte wie Bergbau, Tourismus, Wasserkraft befürworten und somit die Regierungsinteressen in der Region unterstützen. Genauso hat es mit den von der aktuellen Regierung aufgestellten Marionettenkongressen funktioniert, für die enorme finanzielle Mittel eingesetzt wurden, die direkt von der Exekutive kamen.

Das staatliche Entwicklungskonzept sieht so aus: Wenn die indigenen Völker nicht bereit sind, ihr Territorium mit den vorhandenen Ressourcen den Transnationalen Konzernen zu überlassen, dann werden sie sich nicht entwickeln. Wir glauben, die aktuell Regierenden sollten stattdessen Pläne entwickeln, um die gesellschaftlichen Reichtümer gerechter zu verteilen. Sie könnten Ressourcen aus dem Panamakanal, internationale Kredite, Steuern oder Teile der staatlichen Fonds nutzen, um soziale, ökonomische, ökologische, kulturelle und Bildungsprojekte im Landkreis der Ngäbe Bukle und anderer Ethnien zu entwickeln. Es sollten Wirtschaftsmodelle entwickelt werden, die besser zur indigenen Kollektivität passen, angeführt von den wirtschaftlichen Bereichen, die mit den Gemeinden und der Region Ngäbe Bukle am besten übereinstimmen.

Angesichts der aktuellen Verhältnisse streben die legitimen Söhne (und Töchter) von Urracá weiter danach, eine autonome traditionelle Regierung zu haben, ohne Einmischung der wechselnden offiziellen Regierungen. Sie wollen eine saubere Umwelt ohne Bergwerke und Staudämme, die die Gemeinden von ihrem Land vertreiben und es den transnationalen Firmen erlauben, sich das natürliche Erbe der Ngäbe Bukle Völker durch illegale Praktiken und Komplizenschaft mit den offiziellen Regierungen anzueignen.



Celio Guerra. Präsident des XI. Generalkongress der Ngäbe Bukle

Die Dreharbeiten zum Dokumentarfilm „Die Kraft der Schmetterlinge“ (siehe unten) führte die Filmemacherin u.a. auch nach Panama, wo sie Celio Guerra kennenlernte.

Auf Bitten der Tyl-Redaktion schrieb er über die Lebenssituation und die aktuellen Kämpfe der Ngäbe Bukle.

1 Plan Puebla-Panamá: Der *Plan-Puebla-Panamá* (kurz PPP) genannt, wurde 2001 vom damaligen mexikanischen Präsidenten Vicente Fox vorgestellt. Durch den Plan Puebla-Panamá wird eine wirtschaftliche Umstrukturierung der Region u.a. durch die Förderung der Maquiladora-Industrie, durch die Vermarktung der biologischen Vielfalt, durch Staudammprojekte, durch industrielle Garnelenzucht, durch Monokulturen sowie Infrastrukturmaßnahmen beabsichtigt. Diese Art von "Entwicklung" wird von zahlreichen Menschenrechts-, Frauen- und Umweltorganisationen, Basisbewegungen, Intellektuellen, Teilen der Kirche und den Betroffenen strikt abgelehnt, weil sie äußerst negative soziale und ökologische Folgen erwarten.

2 Mit der offiziellen Bezeichnung *Initiative Mérida* wird eine Initiative “Regionaler Sicherheit” bezeichnet, die in den USA als *Mexico and Central America Security Cooperation* firmiert. Ziel der Initiative ist die Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten und Mexiko gegen das organisierte Verbrechen; ein Programm zur Vernichtung der Herstellung von und des Handels mit Drogen sowie zum Kampf gegen den Terrorismus. Ähnlich dem *Plan Colombia*, steht auch dieser Plan im Rahmen der *Allianz für Sicherheit und Prosperität Nordamerika (ASPAN)*. *Allgemein wird mit dem Plan eine grössere (US-)Kontrolle der Telekommunikation und des mexikanischen Luftraums angestrebt. Die USA stellen die ökonomische Unterstützung für die technologische und militärische Ausbildung mexikanischer Einsatzkräfte.

Filmankündigung:

La fuerza de las mariposas - Die Kraft der Schmetterlinge



Nach México Mágico, erschienen 2008 bei cinerebelde, kommt im Sommer ein neuer Dokumentarfilm der Filmemacherin momo (alegre rebeldía films) heraus.
2011 reiste sie von Mexiko bis Panama und besuchte Menschen, die nicht mehr auf Lösungen ihrer Probleme durch ihre Regierung warten, sondern sich stattdessen zusammenschließen, organisieren und ihre eigenen Lösungen und Alternativen aufbauen.

Der Film zeigt die aktuelle Situation der indigenen Völker am Beispiel der Ngäbe und Búkle in Panama sowie den Kampf um Land in Panama und Costa Rica. Selbstorganisierte Projekte, die in Mexiko und Costa Rica saubere und demokratische Energie fördern werden ebenso vorgestellt, wie Gruppen, die Müll zu Kunst oder Gebrauchsgegenständen recyceln. Eine indigene Gemeinde in Panama hat ein ökologisches Tourismusprojekt entwickelt, in Nicaragua hat eine Frauenkooperative würdige Arbeitsmöglichkeiten geschaffen und in Honduras ist ein regionales, kostenloses und ganzheitliches Gesundheitssystem aufgebaut worden. Weitere Themen sind die täglichen Herausforderungen von freien Medien in El Salvador und der Aufbau eines solidarischen und friedlichen Miteinanderlebens in Guatemala.

All diese Projekte sind beeindruckende Beispiele für Selbstbestimmung und Selbstverwaltung und machen einmal mehr klar, dass es Alternativen zum kapitalistischen System gibt. Ebenso wie bei “México Mágico” lebt der Film von der mitreißenden Energie, Kreativität und Entschlossenheit der Menschen, die in dem Film zu Wort kommen.

Die Dokumentation wird als Zweiteiler mit Untertiteln in deutsch, englisch, französisch und wahrscheinlich auch russisch herauskommen.
Also Ohren und Augen offenhalten, bei cinerebelde und café libertad nachschauen oder am besten zum 3. Rebellischen Zusammentreffen vom 25.7. bis zum 1.8. ins Wendland zur Premiere vorbeikommen!

La tierra no se vende - Die Erde ist nicht zu verkaufen!

1400 Indígenas marschierten im September 2011 vom Tiefland Boliviens Richtung La Paz im Hochland, wo sich der Regierungssitz befindet. Ihr Ziel: Die Regierung unter Evo Morales soll den Bau einer Straße durch den Nationalpark TIPNIS stoppen.

Im TIPNIS leben 64 Gemeinden der indigenen Gruppen der Moxeños, Yuracarés und Chimanes. 2009 wies Boliviens Präsident Morales den Park als indigenes Territorium aus. Der Titel soll laut Verfassung die Selbstbestimmung der indigenen Gemeinschaften schützen, die auf diesem Gebiet leben.



Auch das „Neue Bolivien“ missachtet die Rechte der Indígenas

Diese beklagen jedoch, dass ihre Rechte beim Straßenbau völlig unberücksichtigt blieben. Der Bau der Straße mitten durch das Herz des TIPNIS begann, ohne dass das Einverständnis der Bevölkerung vorher eingeholt wurde. Die aktuelle Regierung Boliviens, die den Straßenbau massiv vorantreibt, verstößt somit sowohl gegen die eigene Verfassung als auch die Konvention 169 der ILO[1] zum Schutz indigener Gruppen. Diese besagt, dass bei Durchführung von Projekten, die die Lebensgrundlage der ansässigen Bevölkerung beeinflussen könnten, zuvor eine Befragungen zur Annahme oder Ablehnung des Projektes durchgeführt werden müsse.

Die BewohnerInnen des TIPNIS begründen ihren Widerstand gegen den Straßenbau mit der damit einhergehenden Zerstörung ihrer Lebensgrundlage: „Der Bau dieser Straße bedeutet eine Bedrohung des Lebens der Gemeinden, die den Nationalpark TIPNIS bewohnen. Die natürlichen Ressourcen und die Biodiversität, auf denen die Kultur und das Leben der Moxeños, Yuracarés und Chimanes basieren, werden verschwinden. Wir leben auf diesem Territorium schon länger als dieses Land existiert und wir werden weiterhin hier leben“ erklärten die Indígenas auf einer Versammlung der BewohnerInnen des TIPNIS im Mai 2011.

Diese Art Fortschritt bedroht Mensch und Natur

Die BewohnerInnen des Parks leben zum größten Teil von der Selbstversorgung. Der Natur wird nur das entnommen, was zum unmittelbaren Leben gebraucht wird. Im Verständnis der Indígenas gelten Elemente der Natur wie Erde, Wasser, Pflanzen und Tiere nicht als Ressourcen, die ausgebeutet werden können. Durch den Bau der Straße wird die *Santa Loma*, die heilige Mutter Erde, tief verletzt werden. Die Menschen wehren sich gegen ein Modell von „Fortschritt“, das ihnen aufgedrückt wird und ihren (und unser aller lebensnotwendigen) Lebensraum zerstört.

Der TIPNIS-Park verfügt mit 170 Lagunen über das größte Süßwasservorkommen Boliviens. Im Park wachsen über 3000 Baum- und Pflanzenarten. Er bietet Lebensraum für 108 verschiedene Säugetiere und 470 Vogelarten.

Eine Studie des Programms für strategische Forschung (PIEB) geht davon aus, dass mit dem Bau der Straße in den kommenden 18 Jahren 610.000 Hektar Wald verloren gehen. Die *grüne Lunge* Boliviens wird damit bedeutend reduziert und somit auch das Verschwinden von Tier- und Vogelarten sowie die Beeinträchtigung der immer wichtiger werdenden Süßwasservorkommen in Kauf genommen.

Den Forderungen der indigenen BewohnerInnen des Parks stehen die Interessen der Siedler gegenüber. Diese besiedeln seit einigen Jahren die Außenbezirke des Parks und erarbeiten sich dort Wohn- sowie Anbauflächen für ihre Kokafelder. Das Interesse der SiedlerInnen an der Straße besteht vor allem in der Hoffnung, tiefer in den Wald vordringen und somit mehr Produktionsflächen für den Kokaanbau gewinnen zu können.

Megaprojekt im Interesse der Mächtigen

Am Bau der Straße besteht auch außerhalb Bolivien Interesse: Für Brasilien wäre der Verbindungsweg ideal für einen breiteren Marktzugang. Die Straße, die die beiden Departements Cochabamba und Beni verbinden soll, wurde im Rahmen des Mega-Infrastrukturprojekts IIRSA schon lange geplant. Das Projekt IIRSA, welches den Bau von 514 Riesen-Infrastrukturprojekten wie Straßen und Häfen sowie Staudämmen und anderen Energiegewinnungsprojekten in ganz Südamerika vorsieht, wurde im Jahr 2000 unter Beteiligung des später gestürzten Präsidenten „Goni“ Sanchez de Lozada in die Wege geleitet und entsprechende Verträge unterschrieben. Die Kritik an IIRSA ist grundlegend und vielfältig: Die Meinung und Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung, die vom Bau der Mega-Projekte betroffen ist, werden übergangen und den kapitalistischen Marktinteressen untergeordnet. Ana Esther Ceceña[2] äußerte in diesem Zusammenhang auch die Befürchtung, dass die Infrastrukturprojekte genutzt werden sollen, um die Region zu militarisieren. Im TIPNIS beispielsweise haben Polizei und Militär bisher kaum Zugang, was sich mit dem Bau der Straße ändern dürfte.

Was treibt jedoch die aktuelle Regierung unter Evo Morales und seiner Partei, der *Bewegung zum Sozialismus* (MAS) dazu, das Projekt trotz derzeitiger vielerlei Proteste unerbittlich voranzutreiben?



Im Vordergrund dürfte eine Vision von Entwicklung stehen, die dem Diskurs um ein gutes Leben (Vivir Bien)3 im Einklang mit der Natur, der von Evo Morales selbst geschaffen und zelebriert wird, frontal gegenübersteht. Wachstum und Ressourcenausbeutung scheinen doch wichtiger als die Einhaltung der Selbstbestimmung der indigenen Gemeinden sowie der Schutz von Mutter Erde.

Morales muss zudem seine engste Basis, die Bewegung der Koka-Bauern/Bäuerinnen zufriedenstellen. Der Staatspräsident ist noch immer der Vorsitzende der Gewerkschaft der Koka-AnbauerInnen und hatte seiner Gefolgschaft schon im Wahlkampf 2005 den Bau der Straße versprochen.

Kompromisslosigkeit des Präsidenten enttäuscht die Menschen

Für viele Indígenas erweist sich der erste indigene Präsident Boliviens, ein Aymara aus dem Hochland, als Enttäuschung. In den letzten Wochen wurde von Seiten der Marschierenden wiederholt gefordert, mit Evo Morales in einen Dialog treten zu können. Mit einigen Ministern wurden Versuche von Gesprächen unternommen, die aber wenig erfolgreich verliefen, da die Position der Regierung nicht zur Disposition stand. Die Regierung redet mittlerweile von einer nachholenden Befragung der BewohnerInnen des Naturparks. Die Protestierenden weisen diese Maßnahme jedoch strikt von sich, da der Präsident wiederholt verkündet hat, dass das Ergebnis keinerlei Auswirkung auf die Pläne der Regierung haben wird.

Der brennende Konflikt zwischen den BewohnerInnen des TIPNIS und der Regierung führt derzeit zu einem massiven Sympathieverlust des linksgerichteten Präsidenten und seiner Partei „Bewegung zum Sozialismus“ (MAS). In allen größeren Städten Boliviens finden regelmäßig Demonstrationen gegen den Straßenbau und für die Rechte der Indígenas statt. In La Paz begann gestern eine permanente Mahnwache vor den Toren der populärsten Kirche San Francisco.

„Wie kann ein Präsident, der selbst indigen ist, die Rechte der indigenen Brüder aus dem Tiefland so sehr missachten?“ fragen sich die einen. Andere sind überzeugt, dass Evo Morales und seinem Vizepräsidenten Alvaro García Línera die Macht zu Kopf gestiegen sei und die derzeitige arrogante Haltung der eher progressiven Regierung nachhaltig schaden würde.

Fest steht, dass die Protestierenden große Unterstützung in den intellektuellen, linken, alternativen und studentischen Kreisen Boliviens erfahren. Gemeinsam wehren sich die Menschen gegen ein Modell, was in keiner Weise einem guten Leben nach der Philosophie des *Vivir Bien* entspricht: *La tierra no se vende - Die Erde ist nicht zu verkaufen* schallt es aus vielen Ecken.

Damaris

1. ILO = Internationale Arbeiterorganisation
2. Ana Esther Ceceña, Ökonomin aus Mexiko,beschäftigt sich intensiv mit der Militarisierung in Lateinamerika. Sie äußerte ihre Besorgnis im April 2010 auf einem Vortrag in La Paz.
3. Das Konzept des Vivir Bien bezeichnet ein Leben in Harmonie mit der Natur; Gleichgewicht und Reziprozität – ein gleichberechtigtes Geben und Nehmen innerhalb der Gesellschaft, sowie Respekt gegenüber allem Leben kennzeichnen weiterhin das andine Konzept.

Der vorliegende Beitrag wurde am 25.9.2011 verfasst. Bis heute finden in Bolivien zahlreiche Demonstrationen und der Konflikt ist nach wie vor ungelöst.



Die EU-Schuldenkrise: Eine Herausforderung für die Linke

Gestern waren es die Griechen, heute die Banken, morgen die Ratingagenturen, zwischendurch der Kapitalismus und übermorgen werden es wieder die Griechen sein, welche die Schuld am Zerfall des bisher bekannten Europas tragen. Während die Öffentlichkeit munter ihr „Blame-game" spielt, können die Mächtigen relativ ungestört ihre zerstörerische Politik verfolgen. Will die Linke dieser Entwicklung jedoch wirklich etwas entgegensetzen, muss sie sich dieser Gefahr bewusst werden und bereit sein, sich der Komplexität der aktuellen Krise zu stellen.

Die Problematik der europäischen Staatsschuldenkrise ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Sicher ist es richtig, dass als ein Grund die wenig seriöse Haushaltsführung einiger Mitgliedsstaaten zu nennen ist. So hatten z.B. Griechenland und Italien lange Zeit Regierungen, welche den Reichtum des Landes munter ihrer Klientel zugeschustert haben.

Dennoch muss angemerkt werden, dass es den europäischen Staaten lange Zeit gelang, ihre Haushalte mehr oder weniger im Griff zu halten. Und auch wenn beispielsweise Staaten wie Griechenland oder Italien eine Staatsverschuldung von um die 100% ihrer jährlichen Wirtschaftsleistung aufwiesen, konnten sich diese an den Finanzmärkten zu erträglichen Zinssätzen refinanzieren. Dieser Zustand begann, sich ab dem Jahre 2008 zu ändern.

Anstieg der Schuldenquote führt zu Vertrauensverlust

So war es nach dem Zusammenbruch der Bank „Lehmann Brothers" in den USA europäischer Konsens, die im Mastrichtvertrag festgelegte Grenze der Neuverschuldung von 3% des jährlichen BIP[1] (Bruttoinlandsprodukt) außer Kraft zu setzen. Durch massive öffentliche Finanzspritzen wurde der Zusammenbruch des Bankensektors und der Konjunktur verhindert. Gleichzeitig stieg jedoch in der gesamten Eurozone die Staatsverschuldung. Davon blieb auch Deutschland nicht verschont.

Auch hierzulande wuchs die Staatsschuldenquote von 66,3% im Jahre 2008 auf 83,2% des BIP im Jahre 2010 (das eigentlich anvisierte Ziel in der Eurozone ist eine Obergrenze von 60%). Daneben gab die neu ins Amt gekommene Regierung Griechenlands die Beschönigung der staatlichen Bilanzen in der Vergangenheit zu.

Dadurch begannen sich die privaten Geldgeber, durchaus zu Recht, Gedanken über die Verlässlichkeit des europäischen Schuldendienstes zu machen. Die Folge davon war, dass die Banken bei ihrer Kreditvergabe bedeutende Zinsaufschläge forderten. Griechenland wurden teilweise sogar Zinsen von 18% abverlangt. Für den Kreditnehmer mündet dies natürlich in einen Teufelskreis[2].

Fehlkonstruktion der Eurozone

Auch wenn manch einer hinter dieser Praxis eine Verschwörung der Ratingagenturen für US-amerikanische Interessen vermutet, ist doch unbestreitbar, dass die Eurozone einen grundlegenden Konstruktionsfehler aufweist. Dabei geht eine Währungsunion mit einer Freihandelszone einher. Die Steuer-, Sozial- und Wirtschaftspolitiken bleiben jedoch in nationaler Verantwortung. Dadurch gelingt es den starken, wettbewerbsfähigen Ländern weitaus mehr Werte in Waren und Dienstleistungen in die schwachen Staaten zu exportieren, als sie im Gegenzug importieren. In der Konsequenz haben Staaten wie Griechenland, Spanien oder Portugal einen ständigen Abfluss von Mitteln, vornehmlich nach Deutschland. Gäbe es keine Freihandelszone oder zumindest keine gemeinsame Währung, könnten die Staaten des Südens durch Zollschranken ihren Markt gegenüber ausländischen Produkten abschirmen. Auch wäre es eine Möglichkeit durch das Abwerten der eigenen Währung einheimische Produkte im Vergleich billiger zu machen und dadurch im Ausland konkurrenzfähiger werden[3].

Gegen den Exportvizeweltmeister Deutschland können die Staaten der europäischen Peripherie jedoch nicht mithalten. Insofern sind die hohen Staatsdefizite auch Ausdruck dieses Missverhältnisses. Dies ist unter anderem deshalb so, weil hierzulande im Rahmen der Agenda 2010 in den letzen Jahren viele Menschen zu deutlich geringeren Reallöhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen gezwungen wurden.

Rettungsmaßnahmen im Interesse der Herrschenden

Bei dem Krisenmanagement der europäischen Eliten geht es aber nicht darum eine gute Politik für die Menschen umzusetzen, sondern um das Durchsetzen und Wahren der Interessen der herrschenden Klasse und Staaten. Für den stärksten Akteur Deutschland ist es dabei oberstes Ziel, die eben beschriebene Organisation der Eurozone zu bewahren.

Allerdings kommen die Eliten nicht umhin zu klären, wer für die Schulden von Griechenland, Spanien, Italien, Portugal etc. aufkommen soll. Das Problem sind dabei allerdings nicht nur die Schuldenstaaten. Stattdessen trägt der Bankensektor dazu bei, dass ein Bankrott - Griechenlands beispielsweise - eine Kettenreaktion hervorrufen könnte, die den gesamten europäischen Bankensektor zum Erliegen zu bringen würde. So halten die Kreditinstitute ihre Sicherheiten oftmals in Staatsanleihen. Verlieren diese nun ihren Wert, verlieren auch die Banken ihre Liquidität und werden zahlungsunfähig.

Entwicklung der Schuldenstandsquote im Euroraum und in ausgewählten Euroländern seit Beginn der Währungsunion

	EWU (16)	GR	IE	PT	ES	IT	BE	DE	FR
1999	71,7	94,0	48,5	49,6	62,3	113,7	113,7	60,9	58,9
2000	69,2	103,4	37,8	48,5	59,3	109,2	107,9	59,7	57,3
2001	68,2	103,7	35,5	51,2	55,5	108,8	106,6	58,8	56,9
2002	68,0	101,7	32,1	53,8	52,5	105,7	103,5	60,4	58,8
2003	69,1	97,4	30,9	55,9	48,7	104,4	98,5	63,9	62,9
2004	69,5	98,6	29,6	57,6	46,2	103,9	94,2	65,8	64,9
2005	70,1	100,0	27,4	62,8	43,0	105,9	92,1	68,0	66,4
2006	68,5	106,1	24,8	63,9	39,6	106,6	88,1	67,6	63,7
2007	66,3	105,4	25,0	68,3	36,1	103,6	84,2	64,9	63,9
2008	70,0	110,7	44,4	71,6	39,8	106,3	89,6	66,3	67,7
2009	79,4	127,1	65,6	83,0	53,3	116,1	96,2	73,5	78,3
2010	85,3	142,8	96,2	93,0	60,1	119,0	96,8	83,2	81,7

EWU (16) = Euroraum, GR = Griechenland, IE = Irland, PT = Portugal, ES = Spanien, IT = Italien, BE = Belgien, DE = Deutschland, FR = Frankreich.

Quelle: Reuters EcoWin (Eurostat).

IMK.

Aus: IMK-Report Nr.63/ Juni 2011 - Hans Böckler-Stiftung

Besonders französische und italienische Banken wären von einen Zahlungsausfall Griechenlands massiv betroffen. Dabei ist aufgrund der „too big to fail“ (zu groß zum Scheitern) Problematik der Staat quasi gezwungen vom Bankrott bedrohte - so genannte systemrelevante - Banken zu retten, wenn man nicht den Zusammenbruch des gesamten Kapitalmarktes in Kauf nehmen will[4].

Um dieses Problem zu lösen, ist es jedoch notwendig, eine Menge Geld in die Hand zu nehmen. Theoretisch könnte dies über eine gemeinsame europäische Haftung für die Schulden bewerkstelligt werden – mit den vieldiskutierten Eurobonds wäre so etwas vielleicht möglich. Allerdings stößt eine Umverteilung zwischen den Nationen auf den Widerstand der wohlhabenden Staaten und deren Bevölkerung. Oder man könnte natürlich damit anfangen, über Steuern mehr Geld bei den Vermögenden abzuschöpfen. Einer Umverteilung von oben nach unten steht jedoch das entsprechende Klasseninteresse der Herrschenden entgegen.

Deutschland als Gewinner der Rettungsschirmpolitik

Bei der Politik der Rettungsschirme kommt Deutschland und dessen nationales Interesse eine besondere Bedeutung zu. So hat sich die Regierung Merkel von Beginn an vehement gegen Rettungsmaßnahmen für das verschuldete Griechenland ausgesprochen. Allerdings war auch der deutschen Regierung klar, dass ein Bankrott Griechenlands und die Gefahr des Auseinanderbrechens der Eurozone nicht im Interesse der deutschen Eliten sein können. Also wartete Deutschland mit seinem Eingreifen so lange, bis es mit seinem Beitrag von 211 Milliarden zum Rettungsschirm EFSF (European Financial Stability Facility) den Schuldnerstaaten einen maximalen Preis abpressen und gleichzeitig die Machtverhältnisse in der Europäischen Union zugunsten des eigenen Landes modifizieren konnte. So ist der EFSF in seiner Struktur eine deutsche Erfindung. Dabei ist dieser so dimensioniert, die Schulden von Griechenland, Portugal und Irland refinanzieren zu können. Über die Funktionsweise des EFSF gelingt es Deutschland, tief in die nationalen Belange der betroffenen Staaten einzugreifen[5].

Während die Geschäfte deutscher Firmen mit Griechenland florieren, zahlen die Arbeiterinnen und Arbeiter der europäischen Peripherie den Preis. So müssen diese extreme Einschnitte bei Lohn und Sozialleistungen verkraften, während die Länder aufgrund der gesenkten Staatsausgaben immer tiefer in die Rezession gleiten. Aus Griechenland wird berichtet, dass Kinder aufgrund von Mangelernährung im Unterricht ohnmächtig werden und die Selbstmordraten zunehmen.

Auch hierzulande wird gerne vom deutschen Beitrag für Europa gesprochen. Dennoch ist klar, dass den eigentlichen Preis für den Erhalt des neoliberalen Europas andere zu zahlen haben. Dabei ist der Diskurs doppelt verlogen. So hat die Unsicherheit auf den Finanzmärkten zu einer massiven Kapitalflucht aus der Peripherie Europas unter anderem in den „sicheren Hafen“ Deutschland geführt. Während sich beispielsweise Italien und Spanien teuer refinanzieren müssen, kann es sich Deutschland zum Teil erlauben, seine Staatsanleihen mit Zinssätzen unter dem Inflationsniveau anzubieten[6].

Schocktherapie gegen soziale Errungenschaften

Was in den Medien populistisch gerne als „griechische Tragödie“ bezeichnet wird, hat mittlerweile zum Sturz von sechs europäischen Regierungen geführt. Im Falle Italiens und Griechenlands wurden dabei die Regierungschefs sogar per Dekret aus Berlin und Paris abberufen. Das Verbrechen Giorgos Papandreou war das Vorhaben, sein Volk über die drakonischen Sparmaßnahmen selbst entscheiden lassen zu wollen.

Ende Januar überbot die deutsche Regierung diese Dreistigkeit mit dem Vorschlag der Implementierung eines Sparkommissars, um auch noch den letzten Rest griechischer Selbstbestimmung auszulöschen. Da man in „Europa mittlerweile Deutsch spricht“ (O-Ton Volker Kauder/ CDU) scheint sich die von der Macht beschwipste deutsche Herrschaftsschicht nicht mehr für altmodische Dinge wie Demokratie zu interessieren.

Erschreckend sind jedoch die Geschwindigkeit und die Intensität, mit welcher unter Verweis auf die Macht der Finanzmärkte in einer Art Schocktherapie, die Errungenschaften der Arbeiter_innenbewegung der Vergangenheit hinweggefegt werden. Dabei kritisiert die Opposition in Deutschland aus wahltaktischen Gründen die schwarz-gelbe Politik. Allerdings wurden sämtliche Beschlüsse im Bundestag zur Eurokrise mit fraktionsübergreifender Mehrheit gefasst. Allein die Partei die Linke widersetze sich der Zustimmung.

Die Linke ist in der Pflicht

Folglich ist es die Pflicht und Verantwortung der linken und sozialen Bewegungen, dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen. Dies wird nicht einfach sein. Denn der Wind weht zum einen aus der Richtung neoliberaler Europafreunde. Gleichzeitig positionieren sich überall auch nationalistische Strömungen. Auch sollte man nicht auf die Nebelkerzen des politischen Establishments hereinfallen und die Schuld einseitig bei den bösen Ratingagenturen oder den Finanzmärkten suchen - auch wenn diese zurecht als problematisch einzustufen sind. Die Linke darf es nicht zulassen, dass sich die Herrschaftselite hinter den Banken versteckt und sich als Getriebene inszeniert, während kalte Machtpolitik die Menschen am Rande Europas ins Elend stürzt.



Angela Merkel verteidigt die Interessen des deutschen Kapitals

Aber trotz aller Härten ist die Lage nicht aussichtslos. Sollte der Hochmut der Mächtigen den Zorn der Griechen noch größer werden lassen, könnte sich die Streik- und Protestbewegung vielleicht schon bald den Spardiktaten erfolgreich zur Wehr setzen. Würde dies gelingen und ein solches Beispiel Schule machen, wäre das vielleicht die Chance die sozialen Versprechen Europas endlich Wirklichkeit werden zu lassen. Eine solche Entwicklung sollte auch von hier aus mit aller Kraft unterstützt werden.

Samuel Weber

1 BIP: Das Bruttoinnlandsprodukt bezeichnet den Wert aller produzierten Waren und Dienstleistungen innerhalb einer einer Volkswirtschaft
2 Dass Staaten sich über Kredite refinanzieren und dafür Zinsen zahlen ist im Grunde genommen kein Problem. Allerdings sollten die Zinsen durch ein entsprechendes Wirtschaftswachstum kompensiert werden. So können z.B. 3% Zinsen mit einem Wirtschaftswachstum von 3% problemlos kompensiert werden. Ein entsprechendes Wachstum um jedoch 18% Zinsaufschläge zu kompensieren kann in einem Land der Eurozone derzeit unmöglich realisiert werden.
3 Vgl. u.a. Beyond Aid. Rede des damaligen Welt Bank Präsidenten Robert B. Zoellick
4 Vgl. u.a: Centrum für Europäische Politik (CEP): Anforderungen an die Sanierung der Euro-Staaten, 19.9.2011; davon Punkt 3.2.2
5 Vgl.: Samuel Weber, And the winner is....germany!, erschienen auf Telepolis am 12.8.2011, www.heise.de/tp
6 Vgl.: Finanzminister Schäble im Interwiew mit der ARD, (www.bundesfinanzministerium.de/nn_54180/DE/Presse/Reden-und-Interviews/20111127-Bericht-aus-Berlin.html) und Pressemitteilung des ifo-institutes (www.bundesfinanzministerium.de/nn_54180/DE/Presse/Reden-und-Interviews/20111127-Bericht-aus-Berlin.html)

Bildquellen:
Links oben: Europäische Kommission
Rechts oben: Rat der Europäischen Union

Europäischer Aktionstag gegen den Kapitalismus



31. März 2012
Frankfurt am Main

Europa und die Europäische Union (EU) befinden sich im Ausnahmezustand. Seit Monaten spitzt sich die Kredit- und Schuldenkrise zu. Auf immer neuen Regierungskonferenzen werden Notprogramme beschlossen, um den Kapitalismus zu sanieren. Glaubt man Politik und Medien, drohen sonst Zusammenbruch, Rezession und neue Armut. Mit dieser Katastrophenrhetorik werden marktradikale Reformen durchgesetzt, die unsere Gesellschaft und unser Leben auf Jahrzehnte bestimmen – wenn wir uns nicht wehren. In den ersten Jahren der Krise hieß es, der Kapitalismus müsse gezügelt werden. Banken und Konzerne sollten einen Teil der Lasten tragen, die sie selbst mit verursacht hatten. Doch gerade passiert das genaue Gegenteil: Die EU, ihre Mitgliedsstaaten und Beitrittskandidaten setzen auf mehr "Wettbewerb" und einen brutalen Sparkurs, um das "Vertrauen" und die Profite der Privatwirtschaft zu sichern. Genau damit aber bestätigen sie die destruktive Logik des Kapitalismus. Kapitalismus heißt Krise und Ohnmacht, Armut inmitten von privatem Reichtum. Organisieren wir uns für eine bessere Gesellschaft!

Die Krise hat System

Die kapitalistische Globalisierung der vergangenen Jahrzehnte hat die Konkurrenz der Unternehmen und Standorte zugespitzt. Alle führenden Industriestaaten haben ihre Märkte umfassend dereguliert. Sie haben soziale Sicherheiten gestrichen, öffentliche Güter privatisiert, die Rechte von Lohnabhängigen beschnitten und soziale Kontrollen verschärft, im Interesse eines möglichst ungehinderten kapitalistischen Wachstums. Doch selbst in Europa, auf der Sonnenseite dieses weltweiten Systems, wird unser Leben von Jahr zu Jahr unsicherer, und die soziale Spaltung nimmt zu. In den sogenannten "aufstrebenden Märkten" herrscht ohnehin eine permanente soziale Krise: Enteignung und skrupellose Ausbeutung mit staatlicher Rückendeckung, für ein nationales Wachstum, das nur Privilegierten zugute kommt. Die neoliberale Transformation der vergangenen Jahrzehnte hat auch die Finanzmärkte überkochen lassen. Ob DotCom-Boom, Immobilienfonds oder Derivatehandel – seit Jahren platzen die Spekulationsblasen, auf jeden Boom folgt ein Einbruch. Schuld daran sind nicht die vermeintliche Gier und Korruption einer kleinen Elite, wie viele glauben. Schuld ist die alltägliche Profitlogik, der wir alle unterworfen sind, ob wir wollen oder nicht.

Das EU-Regime knacken

2011 ist die europäische Schulden- und Währungskrise eskaliert. Einige Staaten stehen vor dem Bankrott und gefährden damit den Euro. Vordergründig haben diese Staaten "über ihre Verhältnisse gelebt". In Wahrheit haben auch sie nur versucht, über Schulden kapitalistisches Wachstum anzustoßen. Sie taten was alle tun, nur weniger erfolgreich. Ihre Unterstützung durch die Europäische Zentralbank (EZB) und neue, milliardenschwere "Rettungsfonds" sind an rücksichtslose Auflagen gebunden. Eine europäische "Schuldenbremse" soll "die Märkte beruhigen", natürlich zu Lasten von Lohnabhängigen, Erwerbslosen und Menschen in Ausbildung. Private Profite werden dagegen nicht angetastet. Ähnlich ergeht es den ost- und südosteuropäischen Beitrittskandidaten, die von EU und Internationalem Währungsfonds (IWF) zu umfassenden Kürzungen und Privatisierungsprogrammen genötigt werden. All das soll das krisenträchtige Wettbewerbsregime der EU schützen, und natürlich die Ansprüche der dominanten Ökonomien Kerneuropas: Die Regierungen Deutschlands und Frankreichs konnten ihre Interessen fast ungehindert durchsetzen, trotz eigener politischer Differenzen. Kein Zweifel, in vielen Ländern wurde heftig protestiert. Überall sind Basisinitiativen entstanden, um die eigene politische Ohnmacht zu überwinden. Doch bislang blieben selbst Massenstreiks erfolglos. Die großen nationalen Gewerkschaften stützten letztlich doch die Standortpolitik ihrer jeweiligen Staaten und forderten allenfalls soziale Trostpflaster. Es gab keine effektive gewerkschaftliche Solidarität über Landesgrenzen hinweg. Wenn sich daran etwas ändern soll, müssen wir selbst dafür sorgen.

Wir können das besser

Die europäische Krisenpolitik ist so spekulativ, wie es der Kapitalismus immer war. Denn schärferes Sparen gefährdet die ökonomische Stabilität genau so wie Wachstum auf Pump. Es gibt im Kapitalismus keinen sicheren Weg, nur permanentes Krisenmanagement. Sollen wir unser Leben dafür verschwenden? Besser wir kämpfen gemeinsam gegen das Diktat des Marktes und organisieren uns endlich europaweit. Der Europäische Aktionstag am 31. März 2012 ist dafür ein erster Schritt. Gleichzeitige Demonstrationen in mehreren europäischen Staaten sind mehr als ein Zeichen antikapitalistischer Solidarität. Sie sind schon jetzt Teil einer europaweiten Diskussion und Vernetzung. Wir laden alle emanzipatorischen Initiativen ein, diesen Prozess mit zu gestalten. Wir müssen uns außerhalb der staatstragenden Institutionen organisieren und einen langen Atem haben. Die Krise verläuft in unseren Ländern sehr unterschiedlich. Aber wir haben ein gemeinsames Ziel: Wir wollen den Kapitalismus nicht retten, sondern überwinden. Wir widersetzen uns nationaler Interessenpolitik und nationalistischer Krisenideologie. Der Kampf gegen den fortgesetzten Abbau sozialer Sicherheiten und Rechte ist wichtig, aber unsere Perspektive muss weiter sein. Wir müssen die fatalen Zwänge des Kapitalismus und seiner politischen Institutionen brechen. "Echte Demokratie", wie sie in vielen Protesten gefordert wird, das geht nur ohne Kapitalismus!

Get connected!

Aufruf des Aktionsbündnisses



Die Occupy-Proteste: Vom Tahrir-Platz an die Wall Street

2011 war ein ereignisreiches Jahr. Bereits im Januar begannen Aufstände in Tunesien. Es folgten massenhafte Demonstrationen in Ägypten und weiteren arabischen Ländern (Jemen, Bahrain, Syrien, usw.). Es gelang in Tunesien und Ägypten, die Diktatoren Ben Ali und Mubarak zu verjagen.

In den letzten Jahren kam es in den arabischen Ländern immer wieder zu Protesten und Streiks, beispielsweise gegen steigende Lebensmittelpreise. Auslöser des Aufstands in Tunesien war ein deutliches "Es reicht!", die Selbstverbrennung des 26jährigen Gemüseverkäufers Mohammed Bouazizi am 17. Dezember 2010, aus Protest gegen wiederholte polizeiliche Schikanen.

Die Besetzung des Tahrir-Platzes in Kairo inspirierte die Bewegung der "Empörten" (Indignadas und Indignados) in Spanien, die im Mai 2011 den Platz "Puerta del Sol" in Madrid mit Zelten besetzten. Es folgte eine breite Welle von Platzbesetzungen in zahlreichen Städten in Spanien und weiteren Ländern. Ein Anlass war die hohe Jugendarbeitslosigkeit (es waren aber nicht nur Jugendliche auf den Straßen) und die Wahlen ("sie repräsentieren uns nicht"). Auch in Griechenland ging die Bevölkerung wieder gegen die brutalen Sparmaßnahmen und gegen Privatisierungen auf die Straße. Im Sommer wurde der Protest auch in Tel Aviv aufgegriffen, Menschen besetzten mit Zelten den Boulevard Rothschild und protestierten im



August auf riesigen Demonstrationen in Israel gegen Wohnungsnot und zu hohe Mieten.Ein schlichtes "Bringt ein Zelt" rief im Sommer dazu auf, am 17.September die Wall Street in New York zu besetzen. Die Idee fand breiten Anklang. Von den Medien wurde die Besetzung des Zuccotti Park in der Nähe der Wall Street zunächst kaum beachtet. Dies änderte sich, als Anfang Oktober eine Brücke blockiert wurde und viele verhaftet wurden. Auf einmal war die Bewegung ein Thema, wie auch der internationale Protesttag am 15. Oktober. In unzähligen Städten wurden Demonstrationen organisiert. In Berlin waren es 10000, in Frankfurt/Main 8000 Menschen. In den USA wurden von San Francisco bis Boston Zelte auf öffentlichen Plätzen errichtet. Es folgte ein großer Streik in Oakland am 2. November 2011, und eine Blockade von Zugängen von westlichen Häfen im Dezember 2011. Beachtlich ist dabei die basisdemokratische Organisation der Protestierenden, die sich in den Stadtteilen auch gegen Zwangsräumungen einsetzen.

Die paar Camps (in Frankfurt finden sich zum Beispiel Zelte direkt vor der Europäischen Zentralbank) und Gruppen hierzulande erscheinen manchmal nur als ein müder Abklatsch gegenüber der breiten Occupy-Bewegung in den USA, der es gelang, den öffentlichen Diskurs zu verschieben. Früher wurde nur über die rechte Tea Party geächzt, nun wird in den Medien über Ungleichheit und Kapitalismuskritik berichtet. Die (teilweise berechtigte) Kritik von links, welche über die Protestierenden in Berlin, Düsseldorf, Leipzig und anderswo geäußert wird, verdrängt jedoch oft die dringend notwendige Solidarität mit den Ausgebeuteten in den arabischen Ländern, in Griechenland und dem globalen Süden. Nahrungsmittelspekulation, Landnahme, Ressourcenausbeutung und vieles mehr werden von Konzernen im globalen Norden durchgesetzt. Das fiese Schuldenregime gegen Griechenland, Spanien, Portugal und Irland wird in Brüssel, Berlin, Frankfurt und Paris entschieden. Umso wichtiger ist es, dass im Frühjahr 2012 erneut Protest im Herzen der Bestie sichtbar wird. Gelegenheit bietet sich am 31. März in Frankfurt/Main und bei den internationalen Aktionstagen Mitte Mai 2012.

Friday

Le Maquis: Orte des Widerstandes – Eine andere Welt ist möglich



Im Südwesten Frankreichs, dem Languedoc, zwischen Carcassonne und Béziers am Rande der Schwarzen Berge auf einer Hochebene nahe Minerve, befindet sich das Kollektiv Cravirola, ein ganz fantastischer Ort des Widerständigen Zusammentreffens, auch bekannt unter dem Namen Le Maquis.

Gegründet wurde das Projekt 2007. Inzwischen leben ein gutes Dutzend Menschen hier. Sie verstehen sich als Projekt von links unten: selbstorganisiert, selbstbestimmt, solidarisch, ohne Hierarchien, ohne Dogma, mit Entscheidungsfindungen im Konsens.

Unter dem Motto ‚Das Land gehört niemandem und allen' haben sie sich mit zwei anderen südfranzösischen Landkooperativen unter dem Dach ‚terres communes' (gemeinschaftliches Land) zusammengeschlossen, um das Land nachhaltig der Bodenspekulation und dem Privatbesitz zu entziehen. Ähnlich dem Mietshäusersyndikat in Deutschland haben sie das einfachste Konstrukt im herrschenden System - in Frankreich eine SAS - gewählt, an der so viele Anteilseigner beteiligt sind, dass es praktisch nicht mehr zu reprivatisieren ist. Sie verstehen sich als Teil einer Bewegung, die die bäuerliche Landwirtschaft verteidigt und Alternativen im Leben miteinander und mit der Umwelt sucht. 2009 fand das europäische Camp von 'Reclaim the fields' hier statt, wie dieser Ort überhaupt für Austausch und Treffen emanzipatorischer Zusammenhänge ideal und inspirierend ist.

Die wirtschaftliche Basis ruht auf verschiedenen Säulen, der Schwerpunkt liegt auf bäuerlicher Landwirtschaft, vor allem Milchwirtschaft (der Käse ist köstlich!) mit Ziegen, Schafen und Kühen. Eine Herde wildlebender Rinder, Schweine und Hühner komplettieren die Viehwirtschaft. Weiterhin gibt es einen großen Gemüsegarten, eine Holzofenbäckerei, das Resto Barricade (Bar/Restaurant in einem) und einen partizipativen Campingplatz, der während der Sommermonate geöffnet ist. Der Campingplatz ist ein lebendiger Ort des Zusammentreffens und funktioniert nach dem DIY-Prinzip. Wöchentliche Versammlungen laden zum Mitmachen ein und jede/r kann sich einbringen: Hilfe im Garten, bei den Tieren, beim Kochen, Reparaturen der Fahrräder - die zur freien Benutzung für alle sind. Auch einen Umsonstladen gibt es, und wer gerne einen Workshop anbieten möchte: nur zu! In einem Zirkuszelt finden im Sommer Konzerte statt. Wer gerne länger bleiben, mitmachen und alles kennenlernen möchte, kann an Workcamps teilnehmen, die über mehrere Wochen gehen.



Le Maquis, Hameau de Bois-bas,
34210 Minerve www.cravirola.com

Susa

Widerstände vernetzen Alternativen aufbauen



Chili: PD BY: Olaf Weinert via clker.com

Wir könnten täglich kotzen
über den Zustand der Welt
Wir haben nicht das Rezept
aber wir haben Ideen
die Dinge besser zu machen
Viele sind schon dabei
hinterfragen, untergraben
widerstehen, rebellieren
bauen auf, organisieren
experimentieren

Kommt zusammen!
Acht Tage im Wendland
die Zelte aufschlagen
Kontakte knüpfen
Erfahrungen teilen
Andere Perspektiven
kennenlernen
Fähigkeiten weitergeben
Visionen ausspinnen
Pläne schmieden
Feste feiern

Zusammentreffen
so, wie wir auch
die Welt wollen:
gleichberechtigt
selbstorganisiert
respektvoll
stressfrei
engagiert
menschlich

Rebellisches Zusammentreffen

25.Juli-1.August im Wendland

www.rebellisches.noblogs.org rebellisches@riseup.net

TIERRA Y LIBERTAD

Kontakt:
landundfreiheit@riseup.net
Bestellungen:
abolandundfreiheit@riseup.net
Webarchiv und mehr:
www.tierra-y-libertad.de